

AUFSATZ

Philip Manow

Die religiöse Konfliktlinie, die Spaltung der Linken und die Politische Ökonomie Südeuropas¹

1. Die politische Erbschaft der religiösen Konfliktlinie

In der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsliteratur ist es weitgehend unstrittig, mindestens drei verschiedene »Regime« entwickelter Sozialstaatlichkeit zu unterscheiden: ein sozialdemokratisch-skandinavisches, ein konservativ-kontinentaleuropäisches und ein liberal-angelsächsisches Regime.² In der Diskussion über die Gründe, warum sich diese drei Wohlfahrtsstaatsmodelle historisch ausgebildet haben, ist seit Kurzem die Bedeutung des Wahlsystems – Mehrheits- versus Verhältniswahl – sowie die von gesellschaftlichen Spaltungslinien (*cleavages*) betont worden.³ In aller gebothenen Kürze lautet das Argument, dass Länder mit Mehrheitswahlsystem residuale (liberale) Wohlfahrtsstaaten ausbilden, weil sich keine Umverteilungscoalitionen aus Arbeiterschaft und Mittelschicht formen.⁴ In den Ländern mit Verhältniswahlrecht bilden sich solche Pro-Wohlfahrtsstaatscoalitionen, aber je nach Parteiensystem, und das heißt je nach dominanten politischen Spaltungslinien, hat diese Koalition zwei unterschiedliche Ausprägungen gefunden. In den nordischen Ländern mit lutherischer Staatskirche führt die »nationale Revolution« (Stein Rokkan) nicht zu einem Staat/Kirche-Konflikt, dieser Konflikt findet sich jedoch in den Ländern mit katholischem Bevölkerungsanteil und führt zur Bildung des politischen Katholizismus, das heißt zu christdemokratischen Parteien. Stattdessen formieren sich in Skandinavien im Zuge der industriellen Revolution Agrarparteien aufgrund des Konflikts zwischen Erstem und Zweitem Sektor beziehungsweise zwischen Land und Stadt – diese Parteien finden wir wiederum im Rest Westeuropas nicht vor. Der Vorschlag lautet nun, den kontinental-konservativen Wohlfahrtsstaat als das Resultat einer teils impliziten, teils expliziten (schwarz-roten) Koalition aus Christ- und Sozialdemokratie zu verstehen, den nordischen Wohlfahrtsstaat hingegen als Resultat einer rot-grünen Koalition aus Sozialdemokratie und Agrarparteien.

1 Dieses Papier wurde vorgestellt auf dem Workshop »In the search of the social« am Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) der Universität Bielefeld im Dezember 2012 sowie im Juni 2013 an der Universität Göttingen im Soziologischen Kolloquium. Ich bin Holger Döring, Patrick Emmenegger, Karl Gabriel, Josef Hien, Franz-Xaver Kaufmann, Kees van Kersbergen, Wolfgang Knöbl, Matthias Koenig, Frank Nullmeier, Ilona Ostner und Hanna Schwander für ihre hilfreichen Kommentare sehr dankbar. Wenn nicht anders gekennzeichnet, sind die Übersetzungen der englischen Zitate die des Autors.

2 Esping-Andersen 1990.

3 Kersbergen, Manow 2009; Manow 2009.

4 Iversen, Soskice 2006.

In dieser Diskussion ist jedoch ein Aspekt bislang nicht berücksichtigt worden: Welchen Zusammenhang gibt es zwischen gesellschaftlichen Spaltungslinien, Parteiensystemen, Regierungskoalitionen und Wohlfahrtsstaatsregimen in den Ländern Südeuropas? Als Antwort auf diese Frage möchte ich im Folgenden vor allem die Abspaltung kommunistischer Parteien auf der politischen Linken in den Ländern Südeuropas betrachten. Meine These lautet, dass diese Abspaltung eng mit der antirepublikanischen Position der katholischen Kirche zusammenhängt – also in erster Linie eine Erbschaft des Staat/Kirche-Konflikts und *nicht* des Kapital/Arbeit-Konflikts ist. Die damit auch im Parteiensystem verankerte, sehr ausgeprägte pro-klerikale/anti-klerikale Konfliktlinie in den Ländern Südeuropas und ihre insbesondere sozialpolitischen Folgen sollen näher dargestellt werden.

Ein zentrales Argument für den Zusammenhang zwischen Religion und Wohlfahrtsstaat bestand bisher im Verweis auf den »politischen Katholizismus«, der sich in den Ländern ausbildete, in denen es historisch zu vehementen Konflikten zwischen aufstrebendem Nationalstaat und katholischer Kirche kam.⁵ Nun haben sich aber in einigen Ländern trotz vehementem Staat/Kirche-Konflikt keine genuin christdemokratischen Parteien gebildet (Frankreich, Spanien),⁶ zudem ist der politische Katholizismus historisch offenbar in zwei Spielarten aufgetreten, in einer moderat-zentristischen und einer präronciert reaktionären Variante.⁷ Dies verweist darauf, so möchte ich argumentieren, dass der Konflikt zwischen Nationalstaat und Katholischer Kirche sich in einigen Ländern nicht nur im bürgerlichen Parteienspektrum in Form christdemokratischer Parteien niedergeschlagen hat, sondern auch im linken Parteienspektrum – durch die Spaltung der Linken in einen reformerischen und einen radikalen Flügel (Kommunisten). Eine solche Spaltung hatte wiederum langfristige Folgen für die jeweiligen parteipolitischen Machtverhältnisse, für die Dynamik des Parteienswettbewerbs wie auch dann für die je landesspezifischen Muster in der Entwicklung der Sozialpolitik und der industriellen Beziehungen. Will man diese Entwicklung verstehen, ist es notwendig, historisch weiter auszuholen, also auch auf die Zeit vor 1945 zurückzugehen – in den Blick genommen werden muss insbesondere auch die Gewaltphase der europäischen Zwischenkriegszeit.⁸

Die bisherige Forschung tendiert allerdings dazu, entweder die Geschichte des westlichen Wohlfahrtsstaats im Wesentlichen nach dem Zweiten Weltkrieg beginnen zu lassen oder aber sich den frühen sozialgesetzlichen Anfängen des Wohl-

5 Kersbergen 1995; Kersbergen, Manow 2009; Kalyvas, Kersbergen 2010.

6 Spanien wie auch Portugal bleiben in Stathis Kalyvas Studie über die christdemokratischen Parteien erstaunlicherweise komplett unberücksichtigt; siehe Kalyvas 1996. Doch gab es unmittelbar nach dem Ende der Franco-Ära eine (stimmen)starke, (partiell) christdemokratische Partei in Spanien; vgl. Hopkin 1999. Auch Bartolini schließt den spanischen und portugiesischen Fall nicht ein; vgl. Bartolini 2000. Wenn man dem hier entwickelten Argument über die Bedeutung der politischen Gewalt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts folgt, so handelt es sich bei dieser Auslassung um einen systematischen *Selection Bias*.

7 Martin 1978.

8 Traverso 2007; Gerwarth 2008.

fahrtsstaats am Ausgang des 19. Jahrhunderts zu widmen. Die Zeit zwischen 1914 und 1945 findet daher wenig Aufmerksamkeit, und es entsteht der Eindruck, als ob die gewaltsame europäische Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit der Geschichte des Wohlfahrtsstaats in der zweiten Jahrhunderthälfte nur wenig zu tun hat. Zwar beginnt die eigentliche Aufschwungphase des »keynesianischen Wohlfahrtsstaats« in den 1950er Jahren, und da der Wohlfahrtsstaat ein Produkt des modernen Parteienwettbewerbs ist, scheint die Beschränkung der Betrachtung auf die Periode vollständiger Demokratisierung ihren guten Sinn zu haben. Wenn allerdings die Parteien beziehungsweise die Muster ihrer Koalitionsbildung für die verschiedenen wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungspfade verantwortlich zu machen sind,⁹ dann liegt es nahe, nach den Bestimmungsgründen für die Unterschiede in den europäischen Parteiensystemen zu fragen – und wichtige Antworten auf diese Frage finden sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.¹⁰

Ich gehe wie folgt vor: In Abschnitt 2 wird das Argument vom Zusammenhang zwischen dem fundamentalen Konflikt zwischen der klerikalen Rechten und der anti-klerikalen Linken und der historischen Spaltung der Linken in den Ländern Südeuropas entwickelt. In Abschnitt 3 werden die historisch gewachsenen Unterschiede zwischen den europäischen Parteiensystemen und die hieraus resultierenden Unterschiede in den langfristigen parteipolitischen Mehrheitsverhältnissen der Nachkriegszeit beschrieben. Abschließend skizziere ich einige Konsequenzen für denjenigen Wohlfahrtsstaatstyp, für den die Spaltung der Linken in Sozialdemokraten und Kommunisten meines Erachtens prägend geworden ist, zugleich der Wohlfahrtsstaatstyp, den Esping-Andersen selbst ursprünglich nicht als eigenständiges Regime verstanden wissen wollte, obwohl eine umfangreiche Literatur auf seine distinkten Verteilungseffekte und seine charakteristischen institutionellen Merkmale hinweist: den südeuropäischen Wohlfahrtsstaat.¹¹

Einschränkend sei jedoch vorausgeschickt, dass die folgenden Ausführungen einen noch vorläufigen Charakter haben. Sie umreißen vor allem eine Hypothese und skizzieren das mit ihr verbundene Forschungsprogramm.

9 Huber, Stephens 2001; Kersbergen, Manow 2009.

10 Lipset, Rokkan 1967; Rokkan 1970; Caramani 2000; Caramani 2004. So haben Lipset und Rokkan mit ihrer These vom »Einfrieren« der westeuropäischen Parteiensysteme auf die zentrale Bedeutung der Massendemokratisierung nach dem Ersten Weltkrieg hingewiesen; vgl. Lipset, Rokkan 1967, S. 50; Rokkan 1970, S. 74-79, 90.

11 Ferrera 1996; Rhodes 1997; Castles 2005; León, Guillén 2011.

2. Religiöses Monopol und liberaler Anti-Klerikalismus

»Eine der zahlreichen Paradoxien der Geschichte ist es, daß es die ländlichen Klassen waren, die über die Zukunft des Sozialismus entschieden.«¹²

In den Ländern Südeuropas stellt sich der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Spaltungslinien und ihren parteipolitischen Manifestationen – stark vereinfacht – wie folgt dar: In der gegenreformatorischen Bewegung sichert die Katholische Kirche in den monokonfessionell katholischen Ländern des Südens ihr religiöses Monopol in einem wechselseitigen Legitimations- und Stabilisierungszusammenspiel mit den Kräften des *Ancien Régime*, also der Krone und der Besitzelite. Bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts etabliert sich daher in diesen Ländern die intensive Gegnerschaft aus Liberalismus und den Anhängern der bestehenden Ordnung. In diesem Konflikt wird der Angriff der Liberalen auf die Katholische Kirche immer aggressiver, während die Kirche sich zunehmend gegen alle modernen Strömungen stellt: »Kohärenter und massiver Säkularismus« einerseits sieht sich mit »kohärenter und massiver Religiosität« andererseits konfrontiert – das ist das, was David Martin als »lateinisches Muster« beschreibt.¹³ Die Katholische Kirche sieht sich durch die liberalen Nationenbildungseliten existenziell bedroht,¹⁴ und die liberalen Gesetzgeber unternehmen in den Bereichen Schule/Erziehung, katholische Orden, Kirchenbesitz, Ehe, religiöse Festtage etc. alles, um dieses Bedrohungsgefühl als gut begründet erscheinen zu lassen. Die Kirche reagiert mit der dezidierten Ablehnung der Moderne, des Liberalismus, des säkularen Nationalstaates (etwa im *Syllabus Errorum* 1864). Es bildet sich das aus, was man als intransigenten Katholizismus bezeichnet hat.¹⁵

Mit der Industrialisierung und dem Aufstieg der Arbeiterbewegung, schließlich mit der Oktoberrevolution 1917 verdrängt die politische Linke zunehmend die liberalen Staatsbildungseliten als Hauptgegner dieses intransigenten Katholizismus. Diese Linke wiederum bemühte sich, den aggressiven Anti-Klerikalismus der Liberalen zu überbieten. Es entwickelt sich »eine Spirale der Angst und des wechselseitigen Abscheus, verstärkt durch Gewalt, bis jede Seite sich in ihrer Existenz durch die andere bedroht sieht. [...] Wenn es so weit kommt, wird die Angst zur Realität und die einzige verbleibende Option ist Krieg à l'outrance«.¹⁶ Eine derartige Konfliktkonstellation findet sich nur in deutlich abgeschwächter Form in denjenigen Ländern, in denen der Katholizismus Minderheitsreligion ist. David Martin unterscheidet daher das »gemischte« vom »lateinischen« Muster.¹⁷ Dieser Unterschied ist für unseren Kontext bedeutsam, denn er bestimmt darüber, ob sich der politische

12 Esping-Andersen 1990, S. 30.

13 Martin 1978, S. 6, 36-41, 244-277 und passim; vgl. Bartolini 2000, S. 458, 493.

14 Gould 1999; Burleigh 2008.

15 Perreau-Saussine 2012.

16 Martin 1978, S. 17.

17 Martin 1978.

Katholizismus unversöhnlich anti-republikanisch rechts positioniert oder aber eher moderat zentristisch. Damit kommt es auch zu unterschiedlichen Intensitätsgraden der politischen Polarisierung in Südeuropa und dem restlichen Kontinentaleuropa.

Aus dem Konflikt zwischen Staat und Kirche entstehen die Parteien des politischen Katholizismus, die christdemokratischen Parteien.¹⁸ Ihre zentrale Rolle in der Wohlfahrtsstaatsentwicklung Westeuropas ist bekannt.¹⁹ Eine weitere Erbschaft des Staat/Kirche-Konflikts ist aber, so die hier vertretene These, die Spaltung der Linken dort, wo sie sich mit einer Koalition aus Kirche und Reaktion konfrontiert sieht, in den monokonfessionell katholischen Ländern.²⁰ Religion bekommt in diesen Ländern eine eindeutige politische Kodierung: Sie ist strikt rechts,²¹ dabei werden religiöse Fragen lange Zeit sogar zu *dem* dominanten Konfliktgegenstand der politischen Auseinandersetzung. Dies verleiht den politischen Auseinandersetzungen im Zuge der Massendemokratisierung dieser Gesellschaften ihren polarisierten Charakter. In allen Ländern, von denen hier die Rede ist, nimmt dieser Konflikt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bürgerkriegsähnliche Züge an.²² Als Erbschaft dieses Krieges *à l'outrance* zwischen einer klerikalen Rechten und einer anti-klerikalen Linken behält die Politik auch in der Nachkriegszeit ihren polarisierten Charakter, die religiöse Spaltungslinie verfestigt sich.

Diese hier nur äußerst knapp skizzierte Entwicklung trifft für Italien zu, das bereits 1922 faschistisch wird, sie trifft zu für Spanien, das seit der Jahrhundertwende immer wieder von gewaltsauslösenden Episoden der politischen Auseinandersetzung erschüttert wird, ab 1923 unter die Diktatur Primo de Riveras gerät und ab 1936 Schauplatz eines erbarmungslosen Bürgerkriegs zwischen Republikgegnern und -anhängern wird,²³ gefolgt von der Militärdiktatur Francos von 1939 bis 1975. In Portugal zeigt sich eine ähnliche Entwicklung, die ebenfalls in einer Militärdiktatur mündet. In Italien und Frankreich besitzt der bewaffnete Widerstand gegen die deutschen Besatzer zugleich den Charakter eines Bürgerkriegs zwischen radikaler Linker und radikaler Rechter.²⁴ Das Vichy-Regime stand für jene autoritäre Lösung, die von der französischen politischen Rechten in Koalition mit der Kirchenhierar-

18 Kalyvas 1996; Conway 2004; Hecke, Gerard 2004; Kaiser, Wohnout 2004; Frey 2009; Kalyvas, Kersbergen 2010.

19 Huber et al. 1993; Kersbergen 1995; Manow, Kersbergen 2009.

20 Raphael 2011.

21 Berger 1987.

22 Nolte 1998; Traverso 2007.

23 Preston 2006; Preston 2012.

24 Traverso 2007.

chie schon in der Zwischenkriegszeit immer angestrebt worden war und bereits 1934 fast durch einen gewaltsauslösenden Umsturz verwirklicht worden wäre.²⁵

In allen diesen Ländern ist der Konflikt zwischen Rechts und Links Ausdruck einer fundamentalen, alle grundsätzlichen Gesellschaftsfragen betreffenden Krise. In diesem Krisenkontext radikaliert sich die politische Linke,²⁶ insbesondere in Anbetracht des Fehlens einer realistischen Reformperspektive. Das zeigt, warum eine *exklusiv* auf Sozialstrukturanalyse basierende Erklärung der politischen Konflikt-dynamik dieser Länder unzureichend ist. Ein solcher Ansatz ist insbesondere nicht in der Lage, zu erklären, warum sich in diesen Ländern langfristig stimmenstarke kommunistische Parteien und organisationsstarke kommunistische Gewerkschaften etablieren.²⁷

Religion wird, erstens, bedeutsam für die Erklärung der totalitären Episoden in diesen Ländern, weil der Katholizismus bestimmte Koalitionsoptionen zwischen den zentralen sozio-ökonomischen Gesellschaftsgruppen ausschließt (siehe unten). Diese totalitären Episoden selbst sind dann, zweitens, ein wichtiger Erklärungsfaktor für den polarisierten Charakter der Politik in diesen Ländern, der sich insbesondere in der Spaltung der Linken manifestiert. Dieser Zusammenhang scheint mir jedoch in den bisherigen Beiträgen kaum beachtet. So fehlt die konfessionelle Konfliktdimension in Luebberts Studie zu den entweder liberalen, sozialdemokratischen oder aber faschistischen Entwicklungspfaden westeuropäischer Nationen der Zwischenkriegszeit.²⁸ Sie ist ebenfalls abwesend in Beri Shermans Entwicklungsrekon-

25 Bauerkämper 2006, S. 106-107. Das Argument betrifft natürlich auch die politische Gewalt der Zwischenkriegszeit in Österreich (»ein kultureller Bürgerkrieg zwischen Katholiken und Sozialisten«; siehe Judt 2006, S. 295). Warum der religiöse Konflikt hier nicht in ähnlicher Weise Arbeiterschaft und Bauernschaft spaltete, dazu Bartolini 2000; siehe auch unten.

26 Eley 2002.

27 McInnes 1975; Alba 1983; vgl. Bartolini 2000; Raymond 2006.

28 Luebbert 1991. Luebbert diskutiert sehr kurz die Hypothese, dass eine Koalition zwischen den ländlichen Mittelklassen und entweder der Industriearbeiterschaft oder den liberalen Städtern in den (monokonfessionell) katholischen Ländern am »religiösen Faktor« scheiterte – und verwirft sie; siehe ebd., S. 300. In seinen Fallstudien wird dieser Faktor jedoch unsystematisch immer mitgeführt. Siehe etwa für Italien: »Liberals' [...] urban, secular, sometimes anticlerical, cultures [...] alienated peasants«. Für Spanien: »liberals alienated peasants [...] by, above all, their anticlericalism« (ebd., S. 282, 283). Für Luebbert ist insbesondere die erfolgreiche Kooperation zwischen säkularen Sozialisten und katholischen Bauern in der Tschechoslowakei das Argument gegen die Religions-Hypothese – für das hier entwickelte Argument über die intransigente Haltung der Katholischen Kirche dort, wo sie das religiöse Monopol innehat, ist dieser Einwand allerdings nicht schlagend (siehe unten). Von entscheidender Bedeutung ist, dass Österreich und die Tschechoslowakei zwar nach 1918 überwiegend oder nahezu ausschließlich katholisch waren, die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie hingegen nicht monokonfessionell katholisch war, sondern mit jeweils etwa neun Prozent gewichtige protestantische und orthodoxe Minderheiten besaß (plus einem Anteil von etwa vier Prozent

struktion der Sozialdemokratie der europäischen Zwischenkriegszeit, wie auch in Geoff Eleys Geschichte der europäischen Linken.²⁹ In Bartolinis Studie zur Mobilisierung der Linken in Westeuropa ist Religion ein Kontextfaktor, wird aber nicht mit der Spaltung der Linken in Verbindung gebracht.³⁰ Die Geschichte des spanischen Bürgerkriegs, des italienischen Faschismus oder des Vichy-Regimes ist aber ohne die Betrachtung der politischen Rolle der Katholischen Kirche und den militärtanten Anti-Klerikalismus der Linken gar nicht zu schreiben.³¹ Ich will dieses Argument im nachfolgenden Abschnitt näher ausführen.

2.1 Stadt – Land – Industrie: Politische Koalitionsoptionen in der Zwischenkriegszeit

»die blutige Entscheidungsschlacht [...] zwischen dem Katholizismus und dem atheistischen Sozialismus«³²

Die Länder, von denen hier die Rede ist, industrialisieren sich relativ spät, das heißt, sie sind zum Zeitpunkt der Massendemokratisierung weiterhin stark agrarisch geprägt. Politisch wird damit die Koalitionsfähigkeit zwischen Arbeiterbewegung und (Klein-)Bauern entscheidend. Diese, so meine These, variiert jedoch je nach Stärke oder Schwäche einer konfessionellen Konfliktlinie.

In den Ländern Südeuropas verbünden sich die (katholischen) Kleinbauern nicht aus ökonomischen Gründen, sondern in Anbetracht eines militärtanten Laizismus der Linken mit der Reaktion. Diese Koalitionsbildung wurde umso wahrscheinlicher, je mehr die Katholische Kirche bereits auf die Herausforderung durch liberale Eliten im Zuge der Nationalstaatsbildung aggressiv anti-republikanisch reagiert hatte. Das hatte sie dort, wo sie aus einer machtvollen religiösen Monopolposition handeln

Juden sowie nach 1908 auch Muslime; Zahlen für 1910). Die Ausgleichspolitik im Vielvölkerstaat musste daher auch religionspolitische Zurückhaltung wahren, die Katholische Kirche konnte keinen mit Spanien oder Italien vergleichbaren Machtstatus erlangen.

29 Berman 1998; Eley 2002.

30 Bartolini 2000.

31 Für Italien siehe etwa Webster 1960. Der spanische Bürgerkrieg war selbst ein europäisches, kein nationales Geschehen. Paul Preston fasst in seinem Standardwerk zum spanischen Bürgerkrieg die einschlägige Literatur wie folgt zusammen: »Almost every major political upheaval of an especially turbulent period had its religious backcloth and a crucial, and usually reactionary, role for the Church hierarchy«; Preston 2006, S. 335, 345. Er verweist in seiner Rekonstruktion des Konflikts auf »the near pornographic techniques of anti-clerical demagogic« der radikalen Linken (ebd., S. 27), die Anfang der 1930er Jahre zu Brandstiftung in Kirchen und Klöstern sowie Gewalt gegen katholische Geistliche führt, sowie auf die verhängnisvolle Rolle der Kirche auf Seiten der Reaktion: »religion remained the most potent weapon in the right-wing armoury and, to a certain extent, it was put there by Republican and Socialist imprudence. Indeed, justification for blanket hostility to the Republic could easily be found in various manifestations of anti-clericalism. Given the Church's historic association with, and legitimization of, the most reactionary elements in Spanish society, it was not difficult to understand the extent of popular anti-clericalism« (ebd., S. 59).

32 Schmitt 2004 [1922], S. 63.

konnte, in den monokonfessionellen Ländern Südeuropas. Je vehementer aber der Staat/Kirche-Konflikt, umso vehementer der Konflikt zwischen der politischen Linken und Katholischer Kirche, umso unwahrscheinlicher eine Koalitionsbildung zwischen gläubiger Bauernschaft und marxistischer Arbeiterbewegung und damit umso wahrscheinlicher eine Radikalisierung und dann Spaltung der Linken angesichts des Fehlens einer realistischen politischen Reformkoalition.

Der Konflikt zwischen einer sich aggressiv anti-klerikal gebenden Linken und einer reaktionären Katholischen Kirche führte dazu, dass die Kleinbauern vor einer Koalition mit der doktrinär-marxistischen Arbeiterbewegung zurückschreckten. Die Arbeiterbewegung wiederum sah sich in ihrem Anti-Klerikalismus bestätigt und bestärkt, wenn die Katholische Kirche sich so eindeutig auf die Seite der Reaktion schlug. Diese Konfliktkonstellation führte zu einem extremen Ausmaß an politischer Polarisierung und damit in allen hier betrachteten Ländern schließlich in der Zwischenkriegszeit zu autoritären, faschistischen Regimen.³³ Dabei waren es insbesondere die gläubigen Kleinbauern Norditaliens, Nordspaniens und Westfrankreichs, die für den Faschismus optierten (und nicht die sich vor radikalsierten Landarbeitern fürchtenden Großgrundbesitzer, die es zum Beispiel in Frankreich kaum gab).

Die vehemente anti-marxistische Agitation der Kirche führt also dazu, dass die kleinbäuerlichen Eigentümer entweder zum Faschismus überliefen oder dieser ihnen als akzeptable anti-bolschewistische Schutzmacht in einer Zeit bürgerkriegsähnlicher Konflikte erschien.³⁴ Sei es, dass sie selbst aktiv an diesem zum »weltgeschichtlichen Abwehrkampf gegen den Bolschewismus« stilisierten Konflikt teilnahm,³⁵ also die klerikal-faschistische Option wählte,³⁶ oder sei es, dass sie eine Koalition aus Arbeitern und Bauern verunmöglichte – die Katholische Kirche ist von zentraler Bedeutung für die grundlegenden politischen Koalitionsoptionen der Zwischenkriegszeit. In dieses Bild gehören schließlich auch »the enthusiasm with which the overwhelming majority of French Catholics welcomed the establishment of the Vichy regime in 1940«³⁷ sowie die Sympathien der französischen Agrarorganisationen für die faschistische Option.

Das ist – sehr stilisiert – das südeuropäische Muster inklusive Frankreichs. Von Land zu Land wären nuanciertere Geschichten zu erzählen, Ausnahmen vom monokonfessionell katholischen Muster wie Belgien und Österreich oder aber auch Polen

33 Luebbert 1991. Das Gleiche trifft zu für die orthodoxe Kirche und die autoritären Regime Zentral- und Osteuropas.

34 Malefakis 1971; Corner 1975; Passmore 1997; Paxton 1997.

35 Zitiert nach Nolte 2000 [1963], S. 45.

36 »[...] the spectre of revolution, manipulated by the agents of Moscow, constituted the ultimate evil of Catholic propaganda«; Conway 2004, S. 238.

37 Ebd., S. 241.

und Irland wäre dabei Rechnung zu tragen,³⁸ zudem wären die zeitliche Verschränkung der nationalen Entwicklungen und ihre wechselseitige Beeinflussung zu berücksichtigen, in der beispielsweise die Reaktion der Katholischen Kirche in Italien, Spanien, Portugal auf den Sieg der säkularen Nationenbildungseliten in der Französischen Revolution im 19. Jahrhundert bedeutsam ist – oder die Reaktion der spanischen Kirche auf die gewalttätig anti-kirchliche mexikanische Revolution im 20. Jahrhundert. Schließlich wären verschiedene Akteure – nationale Kirchenhierarchie und lokale Priesterschaft, römische Amtskirche, christdemokratische Parteien etc. – zu unterscheiden. Auch ist die Geschichte der Nähe und Distanz zwischen autoritärem Staat und Katholischer Kirche von Land zu Land weitaus komplexer und wechselvoller, als es hier dargestellt werden kann. Zum Bild gehört genauso die schließlich Distanzierung des Vatikans von der katholischen *Action Française* wie auch ihre (späte) Kritik am Franco-Regime oder an Mussolini. Innerhalb der autoritären Rechten sind natürlich, insbesondere zu Anfang, auch proromantiziert anti-klerikale Strömungen zu finden.³⁹ Auch soll keineswegs suggeriert werden, als sei in den genannten Ländern allein die Position der Katholischen Kirche entscheidend für die faschistischen Episoden.⁴⁰

Bei allen notwendigen Nuancierungen und Qualifizierungen des Arguments bleibt jedoch eine wichtige Gemeinsamkeit als Folge der grundlegenden politischen Polarisierung: die Radikalisierung der Linken und in ihrem Kontext die Bildung mächtiger kommunistischer Parteien, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den Parteiensystemen der betreffenden Länder (sofern sie überhaupt demokratisch werden) etablieren. Im Bereich der industriellen Beziehungen gehört hierzu die Präsenz star-

38 Für Polen und Irland gilt: Die Nationalstaatsbildung wird nicht *gegen* die Katholische Kirche vollzogen, vielmehr ist die Religion national identitätsstiftend in Konfrontation mit der anglikanischen Besatzungsmacht oder dem orthodoxen Russland beziehungsweise protestantischen Preußen. Für Belgien gilt dieser Zusammenhang teilweise auch – die Unabhängigkeit richtet sich gegen die Dominanz des protestantischen Hauses Oranje und dann teilweise gegen den Laizismus der Frankophonie. Für Belgien und Österreich ist jedoch außerdem von Bedeutung, dass der Katholizismus *vor* der Nationalstaatsbildung keine Monopolkonfession war und daher moderater. In keinem der vier Länder bildet sich daher ein stärkerer Konflikt zwischen Staat und Kirche heraus; vgl. Martin 1978; Bartolini 2000.

39 Bauerkämper 2006.

40 Das heißt auch, dass kein monokausales Modell das Scheitern der Demokratie im Europa der Zwiischenkriegszeit zu erklären vermag. So belastete die Niederlage im Ersten Weltkrieg in Österreich und vor allem Deutschland die jungen Demokratien entscheidend. Es scheint mir in diesem Zusammenhang bezeichnend, dass Italien, Spanien und Portugal (wie auch Griechenland) bereits in den frühen 1920er Jahren, lange vor der Weltwirtschaftskrise, totalitär werden, obwohl keines dieser Länder zu den Verlierernationen des Ersten Weltkriegs gehörte; vgl. Malefakis 1992.

ker kommunistischer Gewerkschaften.⁴¹ Und auch trotz der sich später ergebenden Annäherung der politischen Eliten, trotz späterer Moderierung des politischen Katholizismus bleiben das katholische und das anti-klerikal-linke Milieu scharf separiert. Die Spaltung der Linken überlebt den ökonomischen Strukturwandel nach 1945 wegen der politischen Gewalt der Vergangenheit und der kulturellen Dimension des Konflikts.

Im Vergleich hierzu lässt sich ein spezifisch nordeuropäisches Muster wie folgt skizzieren: In Skandinavien mit seinen ebenfalls Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts noch überwiegend agrarisch geprägten Volkswirtschaften zeigen sich Bauern und Arbeiter prinzipiell koalitionsfähig und koalitionsbereit, weil sie sich nicht durch einen fundamentalen religiösen Wertekonflikt unversöhnlich gegenüberstehen. Tony Judt skizziert die Konstellation – mit Andeutung der Bedeutung des religiösen Faktors – wie folgt:

»Im Gegensatz zu fast allen anderen sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien Europas waren die skandinavischen Sozialdemokraten nicht deformiert durch eine instinktive Abneigung gegen die Landbevölkerung [...] Die verbitterte und verarmte Landbevölkerung Zentral- und Südeuropas bildete in der Zwischenkriegszeit einen dankbaren Wählerstamm für Nationalsozialisten, Faschisten und einseitige Agrarpopulisten. Die ebenso betroffenen Groß- und Kleinbauern, Holzfäller und Fischer in Europas hohem Norden wandten sich hingegen in wachsender Zahl den Sozialdemokraten zu [...] Diese Allianz zwischen Arbeiterschaft und Landwirtschaft – gefördert durch die ungewöhnliche Unabhängigkeit skandinavischer Kleinbauern, die in sehr frommen protestantischen Gemeinden lebten, frei von der herkömmlichen Unterwerfugkeit gegenüber Pfarrern und Großgrundbesitzern – bildete eine dauerhafte Plattform, auf die Europas erfolgreichste Sozialdemokraten bauen konnten. ›Rot-grüne‹ Koalitionen [...] waren überall sonst undenkbar; in Skandinavien wurden sie zur Norm.«⁴²

Es gibt natürlich in den skandinavischen Ländern ebenfalls eine Spaltung der Arbeiterbewegung in Sozialdemokratie und kommunistische Parteien (siehe unten), letztere sind auch nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst relativ erfolgreich, und ähnlich wie in Südeuropa mobilisieren diese Parteien neben den industriellen Kernzonen vor allem die marginalisierten, prekären Bereiche der Landwirtschaft (teils auch des Bergbaus und der Fischerei).⁴³ Abgesehen vom finnischen Fall, der im Zusammenhang mit dem Unabhängigkeitsstreben Finlands von Russland, mit Bürgerkrieg und der nachfolgenden gewaltsauslösenden Unterdrückung der Kommunisten zu verstehen ist, ist die Radikalisierung der Arbeiterbewegung in den skandinavischen Ländern aber nicht Ausdruck eines kulturellen Konflikts um fundamentale Glaubensfragen, um Eigentum und Familie und die Zugehörigkeit zur Nation. Die Abwesenheit eines solchen unverhandelbaren Konflikts – und nicht eine »instinktive Ablehnung« der Landbevölkerung (siehe Zitat oben) – veränderte die politischen Koalitions- und

41 Dabei verweist eine lange Debatte – etwa bei Gramsci – auf den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Rückstand, agrarischen Strukturen und anarcho-syndikalistischer Bewegungen, etwa in Andalusien oder im Mezzogiorno. Bakunin hatte insbesondere in Südtirol als politischer Theoretiker Einfluss; vgl. Tarrow 1967 a, Kapitel 11; Roberts 1979, Kapitel 3 und 4.

42 Judt 2006, S. 405; Hervorhebungen P.M.

43 Tarrow 1967 a; Tarrow 1967 b.

Machtoptionen der Sozialdemokratie. Es war auch nicht die schlicht dezisionistisch zu erklärende »Unfähigkeit oder der Unwille der Sozialdemokratie, den Farmern die Hand zu reichen«,⁴⁴ wegen der es in Südeuropa zu keiner Koalitionsbildung zwischen Arbeiterbewegung und Bauern kam. Natürlich ist in Skandinavien das Vorhandensein von Agrarparteien von Bedeutung, die weder bei Judt noch Berman überhaupt in den Blick kommen. Es zeigt sich: Die ökonomisch ähnlichen Länder Nord- und Südeuropas bilden im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts grundlegend verschiedene politische Organisationsformen ländlicher Interessen aus, weil sie sich in der nichtökonomischen Dimension fundamental unterscheiden.⁴⁵ Politische Koalitionen zwischen Arbeitern und Bauern, die ökonomisch sinnvoll und möglich gewesen wären, erwiesen sich aus nichtökonomischen Gründen in Südeuropa als unrealisierbar.

Wenn wir das Nachkriegsschicksal kommunistischer Parteien in Skandinavien betrachten, so verlieren sie an Bedeutung angesichts des Sektorwandels und zunehmenden Wohlstands, durch die die marginalisierte, prekäre Beschäftigung in Landwirtschaft, Fischerei und Bergbau deutlich abnimmt. In Südeuropa hingegen wandelt sich die kulturelle Konfliktkonstellation nicht, sie wird vielmehr durch Streit etwa um die Konfessionsschulen, die Zivilehe, um Scheidung und Abtreibung, schließlich auch im »erinnerungspolitischen« Streit über den Umgang mit der jüngsten, gewalterfüllten Vergangenheit regelmäßig wiederbelebt. In Skandinavien ist der politische Konflikt also vor dem Hintergrund eines gemeinsam geteilten Wertesystems in diesen monokonfessionellen Ländern *mit lutherischer Staatskirche* ungleich moderater, weniger eskalationsanfällig als in den Ländern der südlichen Peripherie, in denen es in diesem Kampf immer schnell »um alles« geht: den Glauben, die Familie, die Nation, das Eigentum – um die komplette Moralökonomie. Ein religiöser Grundkonsens ermöglicht in den skandinavischen Ländern rot-grüne Koalitionen, die sich bereits Ende der 1920er Jahre im Zuge der Weltwirtschaftskrise herausbilden und dann den nordischen Wohlfahrtsstaat nach 1945 prägen.

Will man schließlich das liberale Muster dagegenstellen, so ist in England zum Zeitpunkt der Massendemokratisierung der Agrarsektor bereits kein elektoral bedeutender Bereich mehr. Kein anderes Land hat bereits im 19. Jahrhundert einen vergleichbar radikalen Rückgang der Beschäftigung im Agrarsektor zu verzeichnen. Zugleich überschneidet sich der religiöse Konflikt zwischen Anglicanischer Kirche und Nonkonformismus nicht mit den Gegensätzen zwischen Stadt, Industrie und

44 Berman 1998, S. 204.

45 In den Ländern Osteuropas war die Landwirtschaft so dominant, dass sie politisch nicht unberücksichtigt bleiben konnte. In den westlichsten Ländern in Europa war der Strukturwandel bereits so weit fortgeschritten, dass landwirtschaftliche Interessen politisch nicht besonders virulent wurden, in der Mittellage hingegen war sowohl in Nord- wie in Südeuropa die Frage der Koalitionsbildung mit landwirtschaftlichen Interessen von zentraler Bedeutung; vgl. Bartolini 2000, S. 472-473. Dass Unterschiede in den ländlichen Besitzstrukturen den grundlegenden Unterschied zwischen Nord- und Südeuropa in der Koalitionsfähigkeit zwischen Arbeitern und Bauern nicht erklären können, zeigt unter anderem Bartolini 2000.

Land. In England ließ die Mechanik der relativen Mehrheitswahl aber ohnehin Parteispaltungen, wie sie in den Parteiensystemen des Kontinents gängig sind, nicht zu.⁴⁶ Das trifft ebenfalls auf die Vereinigten Staaten zu, in denen es daher zu politischen Koalitionen aus Arbeitern und Farmern *innerhalb* der Demokratischen Partei kam.⁴⁷ Auch für Belgien und mit Abstrichen die Niederlande gilt, dass der Strukturwandel zum Zeitpunkt der Öffnung zur liberalen Massendemokratie bereits weit fortgeschritten ist. Für die Länder der kontinentalen Variante des politischen Katholizismus ist jedoch vorrangig von Bedeutung, dass dort, wo der Katholizismus in der Minderheit ist (Deutschland, Niederlande, Schweiz), er sich politisch eher moderat gibt,⁴⁸ und dass er dort, wo er nationaler Einigungsfaktor gegenüber einer »fremden« Macht ist – also etwa in Irland und Polen, teils Belgien –, selbst nicht zum Gegenstand politischen Streits zwischen Links und Rechts wird.⁴⁹

Insgesamt ist hervorzuheben, dass das hier skizzierte Argument in seiner elementaren kausalen Mechanik weitgehende Überschneidungen aufweist mit dem von Gregory Luebbert entwickelten Argument über die politischen Koalitionsoptionen im Europa der Zwischenkriegszeit. Hier wie bei Luebbert spielen die Kleinbauern, die *family peasantry*, eine zentrale Rolle:

»Die zentralen Akteure in der Massenpolitik der Zwischenkriegszeit waren die städtische Arbeiterklasse, die städtische Mittelschicht und die Kleinbauern. In den a-liberalen Gesellschaften verlangte eine Stabilisierung ihrer Politischen Ökonomien eine Allianz aus zwei dieser drei Akteure; auf sich gestellt war keiner der drei so dominant, dass er seinen Willen den anderen hätte aufzwingen können, weder auf demokratischem, noch auf autoritärerem Wege. Da sich eine Allianz der zwei städtischen Klassen in den a-liberalen Gesellschaften als unmöglich erwies, und im Lichte der existierenden Machtverhältnisse, musste eine solche Allianz die ländlichen Interessen einbeziehen. Eine sozialdemokratische Ordnung basierte auf der Koalition aus städtischer Arbeiterschaft und Kleinbauern. Eine faschistische Ordnung basierte auf einer Koalition aus städtischer Mittelschicht und Kleinbauern. Die Koalition musste die Interessen der Kleinbauern berücksichtigen, dieser großen ländlichen Mittelschicht, die genug Land besaß, um Familienmitglieder Vollzeit zu beschäftigen und für den Markt zu produzieren, aber nicht so viel Land hatte, dass sie in großem Umfang auf Landarbeiter angewiesen war. Zudem hatten nur die Kleinbauern eine Massenbasis, nur sie zeigten ein recht hohes und stabiles Niveau politischer Partizipation und besaßen eine distinkte politische Agenda sowie die Mittel, die politische Ordnung zu destabilisieren, bis ihre Agenda verwirklicht war.«⁵⁰

Was bei Luebbert jedoch in seiner Bedeutung verkannt wird, ist, dass in den katholischen Ländern die Kleinbauern tief gläubig und durch die Kirche politisch mobilisierbar waren. *Dies* war meines Erachtens der entscheidende Grund, warum eine Koalition mit der urbanen, vorwiegend anti-klerikalen Arbeiterschaft nicht zustande kommen konnte.⁵¹

46 Manow 2009.

47 Vgl. Prasad 2012.

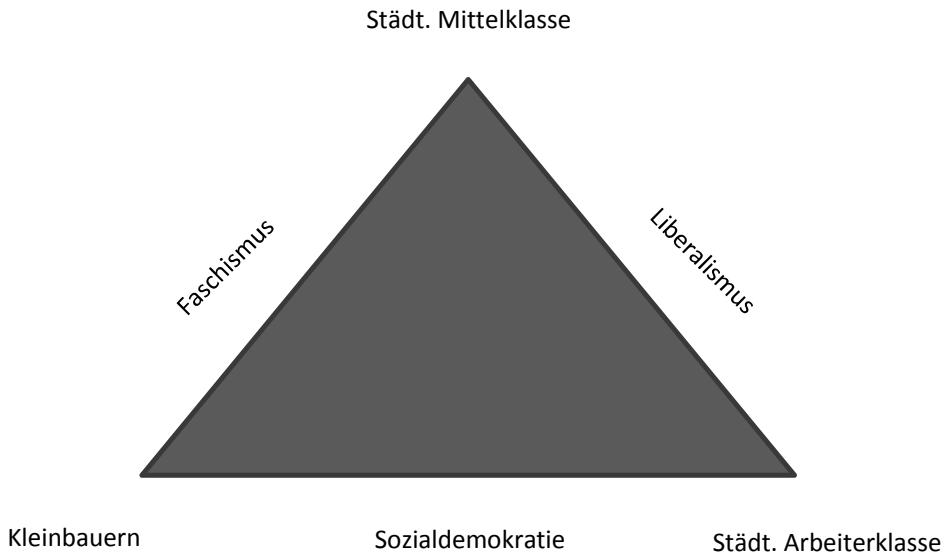
48 Martin 1978, S. 51, 57 und *passim*.

49 *Ebd.*, S. 37, 42-45.

50 Luebbert 1991, S. 277-278.

51 Maio 2004.

Abbildung 1: Erklärung der Politikpfade europäischer Länder der Zwischenkriegszeit nach Luebbert 1991



Das in seinen Grundzügen einfache, aber in seinen Nebenbedingungen dann schnell sehr komplexe Argument Luebberts kommt daher – so meine Hypothese – aus den falschen Gründen zu den (weitgehend) richtigen Schlüssen. Tatsächlich ist es für die politischen Entwicklungspfade der Zwischenkriegszeit von entscheidender Bedeutung, ob es zu Koalitionen zwischen Arbeitern und Kleinbauern kommt beziehungsweise kommen kann – aber viel wichtiger als die von Luebbert betonten Mobilisierungsanstrengungen der Arbeiterbewegung auf dem Lande ist der religiöse Konflikt in den Ländern des katholischen Europas, der die Kleinbauern in die Arme der Reaktion treibt. In diesen Ländern steht die Religion einer Koalitionsbildung aus Arbeitern und Bauern prinzipiell entgegen, im Gegensatz zu den monokonfessionell protestantischen Ländern des Nordens. Juan Linz weist auf diesen Zusammenhang hin, wenn er die politischen Allianzbildungen wie folgt skizziert:

»In einigen Fällen konnte der Stadt/Land-Konflikt von Agrar- oder Bauernparteien absorbiert werden. In anderen Ländern waren es nicht-doktrinäre Sozialisten oder Sozialdemokraten [...] die diesen Konflikt auffingen oder in Kooperation mit Bauernparteien mittels der entsprechenden Gesetzgebung den Farmern über die Große Depression hinweghalfen (etwa in Schweden und Norwegen, teils in Dänemark). Wo aber die Sozialisten mit einer rigidien marxistischen Programmatik identifiziert wurden, dem bürgerlichen Privateigentümer gegenüber feindlich eingestellt waren [...], eine stark anti-religiöse Position einnahmen und sich vor allem dem Wohlergehen der Industriearbeiter verpflichtet zeigten, konnten die Bauern sich ihnen nicht politisch zuwenden.«⁵²

52 Linz 1976, S. 379.

Aber wo entwickelten sozialistische Parteien eine solche »rigide marxistische Programmatik«? Meine Antwort lautet: Dort, wo ihnen eine unversöhnlich reaktionäre Phalanx aus Katholischer Kirche und Kräften des *Ancien Régimes* gegenüberstand, die grundlegende Reformen *innerhalb des* institutionellen Rahmens *der parlamentarischen Demokratie* als äußerst unwahrscheinlich erscheinen ließ.

In der Rokkan'schen Cleavage-Theorie ist dieser Zusammenhang nur am Rand thematisiert. Er sieht die Spaltung der Linken als Teil des Kapital/Arbeit-Konflikts. Dieser erscheint ihm aber als das die europäischen Parteiensysteme *homogenisierende* Moment – die Variation zwischen den Parteiensystemen wird im Wesentlichen auf der Ebene der »anderen« Konfliktdimensionen erklärt.⁵³ Zwar sieht Rokkan, dass die ideologische Spaltung der Linken ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal zwischen den europäischen Parteiensystemen darstellt, doch hat dieser Aspekt für ihn allenfalls »sekundäre« Bedeutung.⁵⁴ Wendet er sich dann aber doch dieser Frage zu, kommt er zu der für unseren Zusammenhang interessanten These, dass »die Arbeiterklasse dort zur Spaltung tendierte, wo die Nationenbildungseliten und die Kirche in den Phasen der Bildungsexpansion und der politischen Massenmobilisierung offen oder latent einander verfeindet waren«.⁵⁵ Damit kommt er schließlich zu einer Typologie, die mit dem hier vorgeschlagenen Argument – zumindest was das südeuropäische Muster angeht – weitgehend übereinstimmt (siehe Tabelle 1).⁵⁶

Tabelle 1: Determinanten der Spaltung der Linken nach Stein Rokkan

	Unified, »domesticable« labour movements	Deep splits in labour movements (strong Communist Party wings)
Protestant Countries	(Early consolidation) Denmark Britain Sweden	(Late independence, unification) Norway Finland Iceland
Mixed Countries	Netherlands, Switzerland	German Reich
Catholic Countries	(Initial State-Church Alliance) Austria Belgium Ireland	(Marked State-Church Cleavage) France Italy Spain

Quelle: Rokkan 1970, S. 138.

53 Taylor, Johnson 1979, S. 117; Caramani 2004, S. 191; Rokkan 1970, S. 109, 113, 129-130.

54 Rokkan 1970, S. 113.

55 Ebd., S. 136; vgl. S. 135 und 137.

56 Bei Bartolini ist ein solcher Zusammenhang ebenfalls angedeutet, aber nicht voll entwickelt (vgl. Bartolini 2000, S. 485-486).

Der Spaltung der Linken als eine wichtige Quelle systematischer Variation zwischen den westeuropäischen Parteiensystemen widmet sich nun der nachfolgende Abschnitt.

3. Parteiensysteme, Stimmenanteile und der »politische Raum« im Süden Europas

Für die Stärke der religiösen Spaltung und den Split der Linken als eine Besonderheit südeuropäischer Parteiensysteme lassen sich mehrere Elemente empirischer Evidenz anführen: (1) die Stimmenstärke kommunistischer Parteien, generell der Stimmenanteil der verschiedenen Parteifamilien im europäischen Vergleich, (2) die Unterschiede in den Parteipositionen im »politischen Raum« im Vergleich zwischen Italien, Frankreich, Spanien und Portugal einerseits und beispielsweise Deutschland und Schweden andererseits, (3) schließlich auch Daten zur (Organisations-)Stärke kommunistischer Gewerkschaften und zur Regierungszusammensetzung.

Sowohl für den Vergleich der Stimmenstärken nach Parteifamilien über die gesamte Nachkriegszeit als auch für die räumliche Darstellung der südeuropäischen Parteiensysteme nutze ich die Daten des Comparative Manifesto Project⁵⁷ sowie die ParlGov-Datenbank⁵⁸ und Laver und Hunt,⁵⁹ das meines Wissens einzige Expertensurvey mit Angaben zur pro-/anti-klerikalen Konfliktdimension. Für die zwei hier interessierenden Dimensionen verwende ich die grundlegende Links-Rechts-Dimension (»right-left position of party« [Rile]) im Comparative-Manifesto-Datensatz sowie eine Dimension, die die Bedeutung der pro-/anti-klerikalen Spaltung für die Parteien und damit Parteiensysteme belegt.⁶⁰

Zunächst zu den Wahlergebnissen: In nahezu allen Ländern Westeuropas kommt es nach der Oktoberrevolution von 1917 zur Gründung kommunistischer Parteien. Ihr Wahlerfolg variiert zunächst,⁶¹ doch die eigentlichen systematischen Unterschiede etablieren sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg. In den ersten Wahlen nach dem Krieg profitieren die Kommunisten von ihrer Rolle im Widerstand. Ihre dort

57 Budge et al. 2001; Volkens et al. 2012.

58 Döring, Manow 2012.

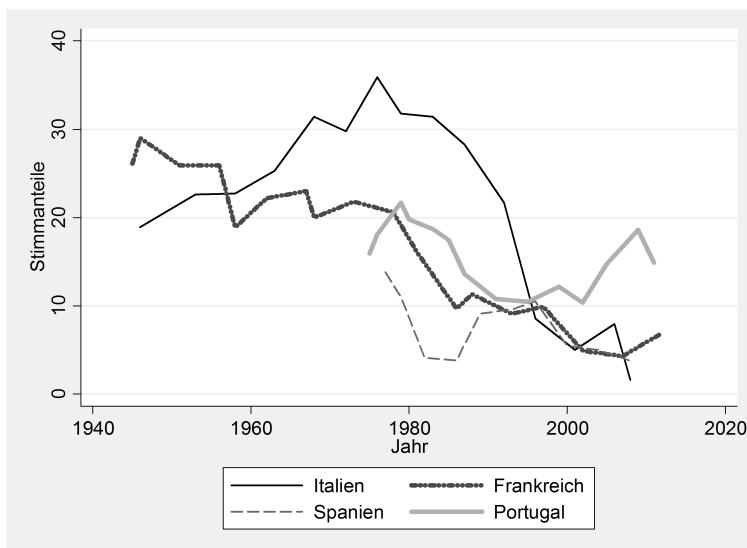
59 Laver, Hunt 1992.

60 Gewonnen aus der Addition der Variablen per603 (*Traditional Morality: Positive; favourable mentions of traditional moral values; prohibition, censorship and suppression of immorality and unseemly behaviour; maintenance and stability of family; religion*) und per604 (*Traditional Morality: Negative; opposition to traditional moral values; support for divorce, abortion etc.; otherwise as 603, but negative*). Siehe Manifesto-Handbook. Zur Dimension dieser beiden Items heißt es auf der CMP-Webseite ergänzend (zu per603): »Support for the role of religious institutions in state and society« und (zu per604): »Calls for the separation of church and state« (siehe https://manifesto-project.wzb.eu/coding_schemes/1; Zugriff vom 16.10.2012). Eine Verwendung der Pro-/Anti-Klerikalismus-Variablen von Laver und Hunt 1992 kommt zu vergleichbaren Rekonstruktionen des politischen Raums.

61 Für die Zwischenkriegszeit siehe McInnes 1975.

gewonnene anti-faschistische Reputation ebnet den Kommunisten sogar teilweise den Weg in die All-Parteien-Regierungen der frühen Nachkriegszeit.

Abbildung 2: *Der Stimmenanteil kommunistischer Parteien in Italien, Frankreich, Spanien und Portugal, 1945-2012*



Quelle: *ParlGov-Datenbank*.⁶²

Das Spezifische des südeuropäischen Musters tritt insbesondere im Vergleich zutage – sowohl im Vergleich der Stimmenanteile nach Parteifamilien (Tabelle 2) als auch im Vergleich der Stimmenanteile der kommunistischen Parteien Skandinaviens und Südeuropas (Abbildung 3).

Tabelle 2: Durchschnittlicher Stimmanteil nach Parteifamilie, 1945-2010⁶³

	Zahl der Wahlen	Kommunisten	Sozialisten/ Sozialdemokraten	Liberalen	Christdemokraten	Konservative	Agrarier
Österreich	19	0.04	41.89	11.81	39.15	0.00	0.00
Belgien	21	0.00	28.33	18.29	32.12	0.00	0.00
Dänemark	25	9.97	36.94	0.00	1.50	15.05	27.46
Finnland	18	16.77	25.04	3.54	2.10	17.95	24.24
Frankreich	17	20.22	21.06	4.29	6.90	37.70	0.00
Deutschland	17	2.48	36.53	9.18	42.84	0.62	0.00
Großbritannien	18	0.06	41.33	12.91	0.00	40.92	0.00
Griechenland	10	9.45	38.78	0.00	47.06	0.68	0.00
Italien	17	21.6	14.72	7.81	29.54	7.85	0.00
Niederlande	20	2.18	32.12	14.76	36.65	0.00	0.00
Norwegen	15	6.69	40.28	7.11	9.90	21.30	8.58
Portugal	14	14.15	35.04	0.00	40.07	0.00	0.00
Spanien	10	7.62	39.11	1.39	9.84	31.27	0.00
Schweden	21	5.80	43.23	13.31	2.12	18.39	12.82

Aus Tabelle 2 ist bereits der mögliche Zusammenhang zwischen dem Parteiensystem, den grundsätzlichen zwischenparteilichen Koalitionsoptionen und den »Welten des Wohlfahrtskapitalismus« ersichtlich.⁶⁴ Die systematische Variation zwischen skandinavischen, kontinentalen und südeuropäischen Parteiensysteme hinsichtlich der Stimmenstärken von Agrarparteien, Christdemokratie und kom-

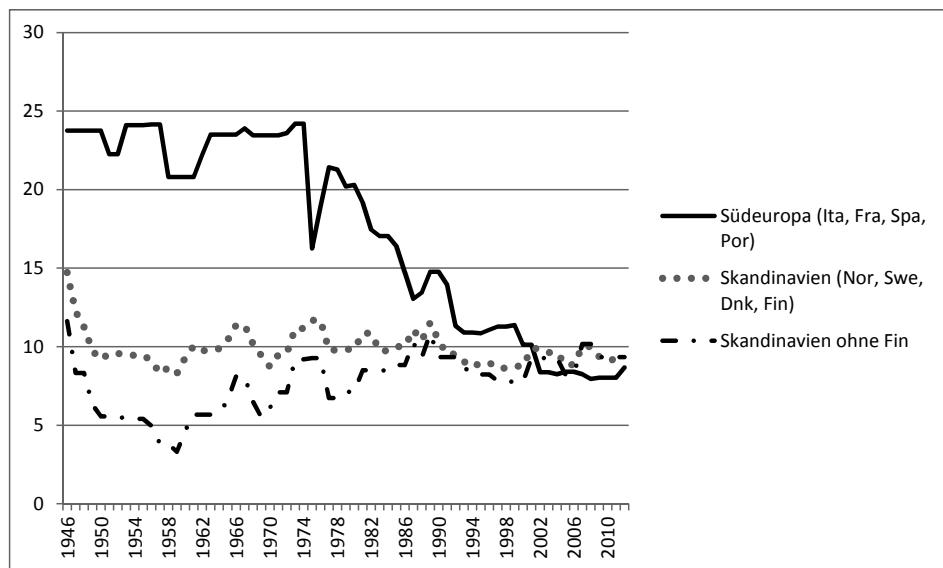
63 Berechnet nach den Manifesto-Daten. In dreierlei Hinsicht weiche ich von den CMP-Kodierungen ab. Ich kodiere die dänischen Parteien *Venstre* und die *Radical Venstre* als agrarisch und nicht als liberal; siehe Arter 2001. Ich kodiere außerdem die *Unión de Centro Democrático* (UCD) in Spanien als christdemokratisch und nicht als liberal. Ich habe ebenfalls die portugiesische *Partido Social Democrata* (PSD) als eine christdemokratische Partei kodiert; siehe Frey 2009. Im CMP-Datensatz wird sie ebenfalls als liberale Partei geführt. Einen Hinweis auf ihre Zuordnung als christdemokratisch mag ihre Mitgliedschaft in der EPP-Fraktion (EPP: European People's Party) des Europäischen Parlaments geben; vgl. Kalyvas, Kersbergen 2010.

64 Esping-Andersen 1990; Manow 2009.

munistischen Parteien verweist überdeutlich auf die unterschiedlichen sozialstaatlichen Entwicklungspfade im Nachkriegseuropa.

Der Längsschnittvergleich der Stimmenanteile kommunistischer Parteien in Skandinavien und Südeuropa (siehe Abbildung 3) zeigt ein lange Zeit divergierendes Entwicklungsmuster. Nach anfänglichen Wahlerfolgen in der unmittelbaren Nachkriegszeit pendelt die Stimmenstärke der kommunistischen Parteien Skandinaviens recht beständig um zehn Prozent. Im Gegensatz dazu haben die kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens (PCF und PCI) bis in die 1970er Jahre, also während der sozialstaatlichen *trente glorieuse*, im Durchschnitt einen doppelt so hohen Stimmenanteil. Die Anteile konvergieren erst in den späten 1990er Jahren.

Abbildung 3: Stimmenanteile kommunistischer Parteien in Skandinavien und Südeuropa



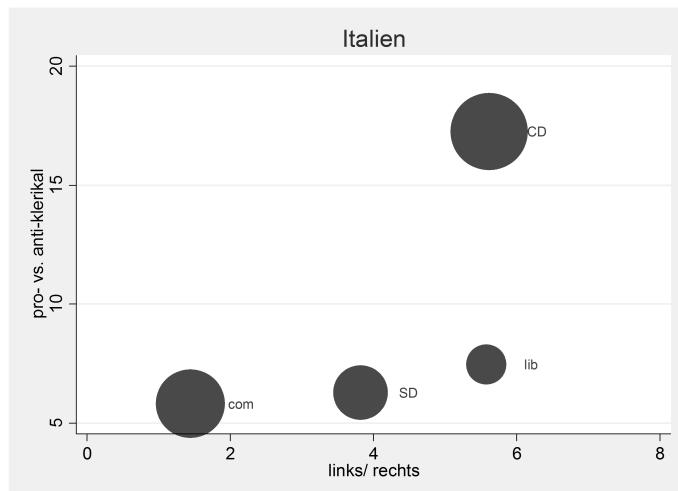
Für die einzelnen Länder bestätigt sich, dass die Stimmenstärke der kommunistischen Parteien im ländlichen Raum dann hoch ist, wenn dort die religiöse Bindung niedrig ist. Taylor und Johnson halten für Frankreich fest: »Communist support is concentrated into three zones and these directly correspond to areas of low religious observance and not to the pattern of industrialization. Hence, the industrial east, with high religious observance, the Communists fare badly, while in the agricultural central departments, where religious observance is low, the Communists do very well. *Here, as in Italy, the Communists are heir to an anti-clerical tradition*.«⁶⁵ Das ist das Phänomen der »red peasants«, der radikalisierten Landbevölkerung, die in

65 Taylor, Johnson 1979, S. 188; Hervorhebung P.M.

Italien, Frankreich und Spanien nicht konservativ, sondern kommunistisch wählt.⁶⁶ Die kommunistischen Parteien stützen sich auf die industrielle Anhänger- schaft und den ländlichen »backwood communism«: »The peasants of central Italy and of the Massif Central area in France, both protestors and anti-clerical, belong to the same type of communist voters; the workers in the Milan and Paris suburbs to a completely different type«,⁶⁷ wobei der ländliche Kommunismus auf einer dezidiert anti-klerikalen Orientierung basiert.

Betrachten wir nun die Parteien und ihre Position im politischen Raum, so zeigt sich, dass sich die Parteien in Südeuropa neben dem dominanten Links/Rechts- Konflikt vor allem entlang der pro-/anti-klerikalen Konfliktdimension verorten, wobei der anti-klerikale Pol eben von recht stimmenstarken kommunistischen Parteien besetzt wird (vgl. Abbildungen 4a-4f; die Kreisgröße zeigt die durchschnittlichen Stimmenanteile über die Nachkriegszeit an).

Abbildung 4 a: Das italienische Parteiensystem der Nachkriegszeit, 1946-2012⁶⁸



66 Tarrow 1967 a; McInnes 1975, S. 40-46.

67 Zitiert nach McInnes 1975, S. 45.

68 CD = Christdemokratie; SD = Sozialdemokratie; lib = liberale Parteien; cons = konservative Parteien; com = kommunistische Parteien; agrar = Agrarparteien.

Abbildung 4 b: Das französische Parteiensystem der Nachkriegszeit, 1946-2012

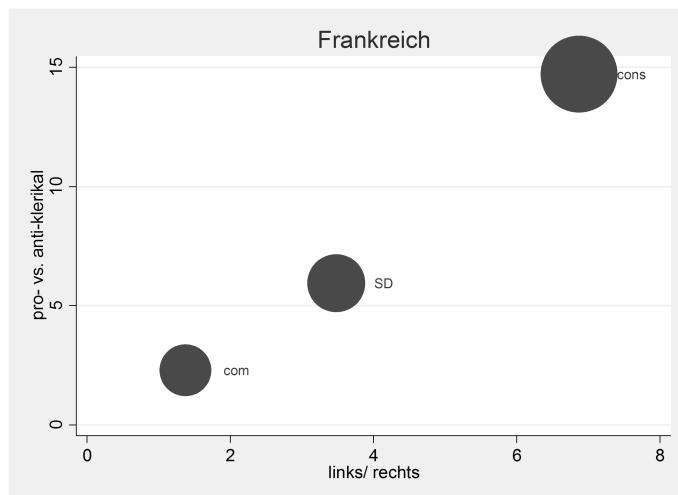


Abbildung 4 c: Das spanische Parteiensystem der Nachkriegszeit, 1976-2012

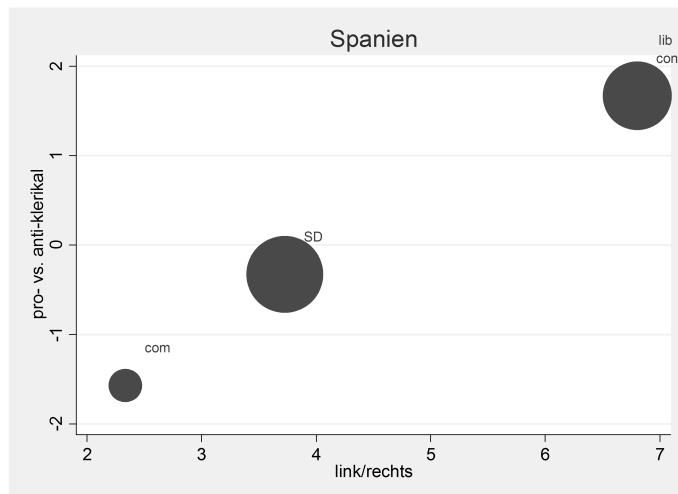


Abbildung 4 d: Das portugiesische Parteiensystem der Nachkriegszeit, 1976-2012

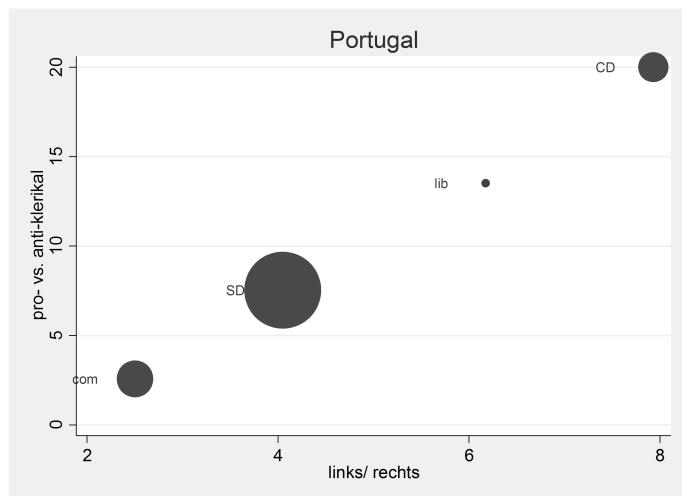


Abbildung 4 e: Das deutsche Parteiensystem der Nachkriegszeit, 1946-2012

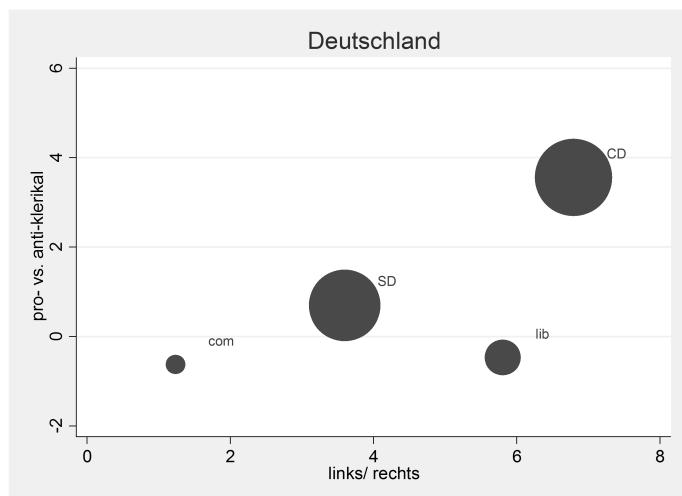
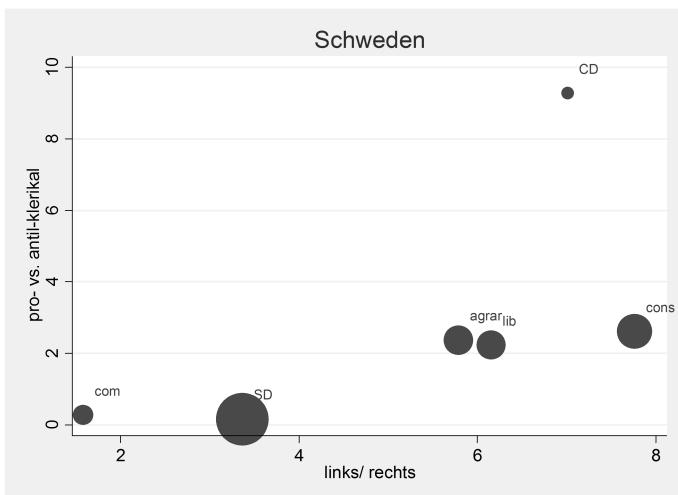


Abbildung 4f: Das schwedische Parteiensystem der Nachkriegszeit, 1946-2012



Bei aller notwendigen Vorsicht in der substantiellen Interpretation dieser räumlichen Abbildungen nationaler Parteiensysteme und damit der strategischen Konstellation zwischen den Parteien zeigen sich doch wichtige Unterschiede in der Ausprägung des Konflikts zwischen Kirche und Staat, in der Größe einer linken Anti-Systempartei beziehungsweise in dem Vorhandensein von Agrarparteien in den skandinavischen Parteiensystemen wie dem hier beispielhaft angeführten Schweden.

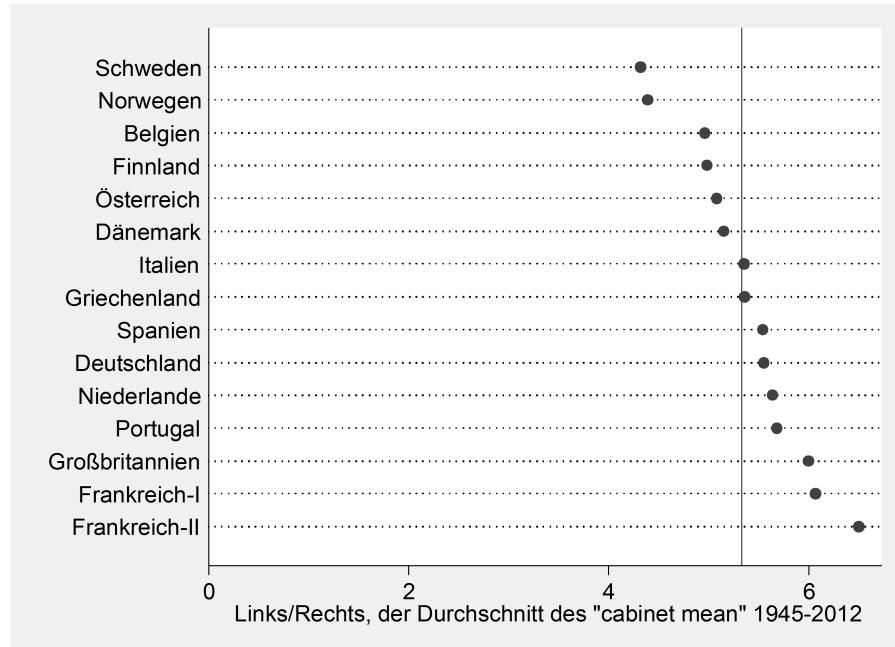
Abbildung 5 zeigt für die westeuropäischen Länder über die Nachkriegszeit die durchschnittliche Position der Regierung auf einem von 0 (links) bis 10 (rechts) reichenden Links/Rechts-Spektrum.⁶⁹ Sichtbar wird eine geografische Varianz zwischen Nord und Süd, die die Unterschiede zwischen den Parteiensystemen widerspiegelt.⁷⁰ Eine der unmittelbaren Folgen der Spaltung der Linken ist die Dominanz von Mitte-Rechts-Regierungen in Italien und Frankreich. Eine höhere Fragmentierung des linken Parteienspektrums erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass christdemokratische oder konservative Parteien die Regierung bilden – dies gilt dann nach ihrer Demokratisierung 1976/77 auch für Portugal und Spanien. Obwohl linke Parteien in Nord- und Südeuropa sich hinsichtlich ihrer Stimmenanteile ähneln,⁷¹ unterscheiden sie sich fundamental hinsichtlich ihrer Regierungsbeteiligung.

69 Die zwei Werte für Frankreich beziehen sich auf die Vierte und Fünfte Republik, die sich insbesondere hinsichtlich ihres Wahlsystems – zunächst Verhältniswahl, dann nach 1958 Mehrheitswahl – unterscheiden.

70 Manow 2009; Döring, Manow 2013.

71 Vgl. Bartolini 2000, S. 64 und Tabelle 2.1, S. 55 und *passim*.

Abbildung 5: Die durchschnittliche Position der Nachkriegsregierungen in Westeuropa auf dem Links/Rechts-Spektrum, 1945-2012



Quelle: Döring, Manow 2012.

Darüber hinaus verändert die Präsenz stimmenstarker kommunistischer Parteien auch den Charakter des Parteienwettbewerbs selber: Obwohl sich etwa Deutschland und Italien hinsichtlich der langen Phasen christdemokratischer Regierungsmacht sehr ähneln,⁷² ist doch für das Regierungshandeln von Bedeutung, ob die zweitstärkste Partei im Land eine reformorientierte sozialdemokratische Partei mit prinzipieller Machtoption ist oder eine radikale kommunistische Partei ohne realistische Chance auf Regierungsbeteiligung.⁷³ Gleichzeitig ist auch für eine sozialdemokratische oder sozialistische Partei von Bedeutung, ob es links von ihr noch eine weitere gut etablierte Partei gibt, die bei einer programmativen Bewegung in Richtung Mitte enttäuschten Wählern eine neue politische Heimat bieten würde.⁷⁴ Komplementär zum Argument von Frances Castles, dass die Fragmentierung des bürgerlichen Parteienspektrums eine wichtige Kontextbedingung für die sozialdemokrati-

72 Picot 2012.

73 Häusermann et al. 2012.

74 Kitschelt 2000; Hopkin 2004.

sche Hegemonie in Skandinavien gewesen ist,⁷⁵ lautet hier das Argument, dass die Fragmentierung der Linken eine wichtige Kontextbedingung für die Dominanz von Mitte-Rechts-Regierungen in Ländern wie Italien und Frankreich (oder auch der Konservativen in Spanien⁷⁶) war.

Damit unterscheidet sich jedoch die »strategische Konfiguration der Parteien« etwa zwischen dem deutschen und dem französischen Parteiensystem grundlegend – Kitschelt hingegen subsumiert beide zusammen mit Italien, Japan und Österreich unter den Typus »Weak Liberals, Strong Centre, and Strong Social Democrats«.⁷⁷ Doch weder das italienische noch das japanische Parteiensystem kennen starke sozialdemokratische Parteien – und ob man die französische *Parti Socialiste* als stark bezeichnen kann, dürfte ebenfalls umstritten sein angesichts des Umstands, dass die französischen Sozialisten über die gesamte Nachkriegszeit nur zweimal den Präsidenten stellen konnten. Entscheidender für die »strategische Konfiguration« zwischen den Parteien scheint vielmehr, ob es eine extreme linke Alternative gibt (Japan, Italien, Frankreich, teilweise Spanien) oder ob es diese nicht gibt (Österreich, Deutschland).⁷⁸

Zieht man schließlich in Betracht, dass die beiden größten kommunistischen Parteien der Nachkriegszeit, die italienische PCI und die französische PCF, bis 1993⁷⁹ beziehungsweise 1981 von der Regierungsmacht ferngehalten wurden, ja dass es Nachkriegskonsens war, diese Parteien aus der Gruppe koalitionsfähiger Parteien auszuschließen, dann bekommt die Organisationsstärke der kommunistischen Gewerkschaften größere Bedeutung – auch und insbesondere für die sozialpolitische Entwicklung dieser Länder. Unter den mächtigsten kommunistischen Gewerkschaften Westeuropas findet sich an erster Stelle wenig überraschend die italienische CGIL (*Confederazione Generale Italiana del Lavoro*) mit 2,5 bis 3,4 Millionen Mitgliedern Mitte der 1970er Jahre bei insgesamt etwa 5 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern – also einem Organisationsanteil der Kommunisten von 50 bis 68 Prozent!⁸⁰ Für 2011 gibt die CGIL selbst ihre Mitgliederzahl mit 5,7 Millionen an. Damit ist die CGIL Europas größte Gewerkschaft überhaupt. Daneben besteht die französische CGT (*Confédération Général du Travail*) – die zweitstärkste der fünf großen französischen Gewerkschaften. 1981, zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme der Sozialisten, hatte die CGT etwa 1,3 Millionen Mitglieder, heute sind es ca. 700.000. Für kommunistische Parteien als traditionell »extern

75 Castles 1978.

76 Watson 2008.

77 Kitschelt 2000, S. 285-288.

78 Hier könnte auch einer der Gründe für die Strukturgleichheit zwischen lateinamerikanischen und südeuropäischen Wohlfahrtsstaaten bei geringerer Bedeutung der Christdemokratie in Lateinamerika liegen; Segura-Ubiego 2007; Kalyvas, Kersbergen 2010.

79 Ende der 1970er Jahre gab es in Italien eine erste kommunistische Tolerierung der von der *Democrazia Cristiana* (DC) geführten Regierung.

80 McInnes 1975.

mobilisierte« Parteien,⁸¹ die also Wähler und Mitglieder kaum über den Zugang zur Regierungsmacht mobilisieren können, sind die kommunistischen Gewerkschaften von zentraler Bedeutung. Dies findet auch seinen sozialpolitischen Niederschlag, den ich abschließend knapp skizzieren möchte.

4. Sozialpolitische Folgen

Für die Sozialpolitik und die industriellen Beziehungen dieser Länder ist zunächst die Rechts-Verschiebung des parteipolitischen »centre of gravity« in den Ländern mit einer fragmentierten Linken bedeutsam (siehe oben, Abbildung 5). Nach allem, was wir über die Sozialpolitik unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung wissen, ist dies eine erste wichtige Konsequenz. Aber nicht nur für die wohlfahrtsstaatliche Expansionsphase hatte die Fragmentierung der Linken Folgen, sondern auch für die sozialpolitische Reform- und Kürzungsphase, die auf die 30 glücklichen Jahre mit hohem Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung folgte. Denn selbst wenn die moderate Linke einmal an der Regierung ist, bleibt ihr politischer Handlungsspielraum durch eine radikallinke Alternative deutlich eingegrenzt⁸² – die sozialpolitische Reformfähigkeit erscheint daher in den Politischen Ökonomien Südeuropas durch den Parteienwettbewerb deutlich eingeschränkt.

Für den *Bedarf* an Reformen dieser Politischen Ökonomien ist ein weiterer Umstand von Bedeutung: Waren – zumindest auf nationaler Ebene – die kommunistischen Parteien systematisch von der Macht ausgeschlossen, musste es trotzdem Formen des alltäglichen politischen Arrangements geben, Formen unterschwelliger Inklusion. Diese hatten einerseits ein regionales Muster – siehe etwa die »rote Emilia-Romagna«: Dort, wo die Kommunisten regionale Hochburgen hatten, stellten sie den Bürgermeister oder die Provinzregierung und konnten hierüber vor Ort politisch wirksam werden. Das Inklusionsmuster konnte jedoch auch »bereichsfunktional« sein, und in diesem Zusammenhang spielte die Sozialpolitik eine besondere Rolle. So wurden etwa die Rechte industrieller Kernbelegschaften von starken kommunistischen Gewerkschaften mit erheblicher Militanz verteidigt.

Hohe Beschäftigungssicherheit in industriellen Kernzonen führte bekanntermaßen in Südeuropa zu stark dualistischen Arbeitsmärkten, insbesondere zu geringer Frauenerwerbsbeschäftigung und sehr hoher Jugendarbeitslosigkeit.⁸³ Die hoch segmentierten Arbeitsmärkte werden in der Literatur oftmals christdemokratischen Parteien und ihren überkommenen familienpolitischen Vorstellungen angelastet – was bestenfalls zum Teil zutrifft. Abbildung 6 zeigt das Niveau des Beschäftigungsschutzes anhand des OECD-»Employment Protection Legislation«-Index in der von Gayle Allard für den Zeitraum von 1950 bis 2003 überarbeiteten Form.⁸⁴ Aus Gründen einer übersichtlichen Darstellung fasse ich erneut jeweils die vier skandi-

81 Shefter 1994.

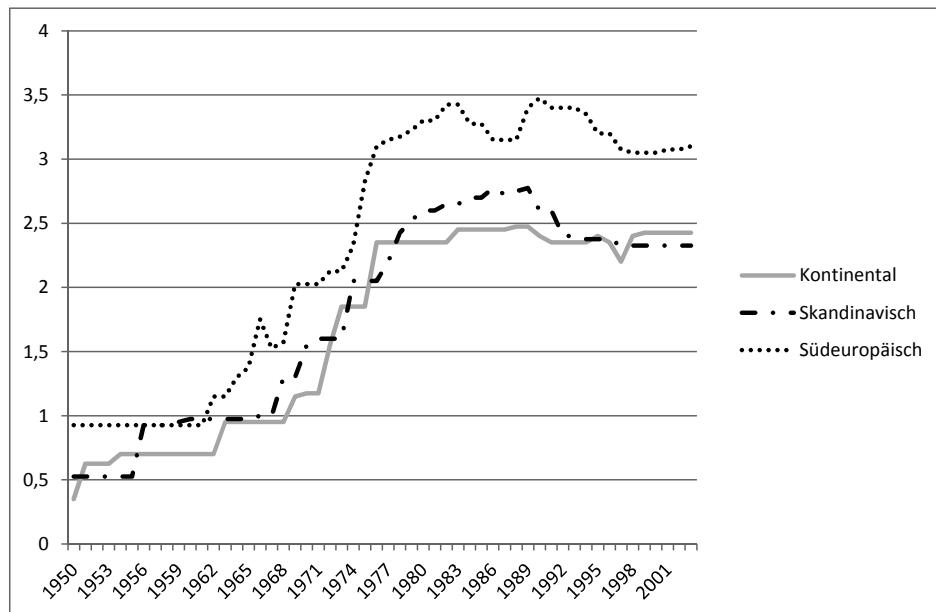
82 Arndt 2013.

83 OECD 2004; Allard 2005.

84 Allard 2005.

navischen, kontinentalen und südeuropäischen Länder zu Gruppen zusammen (siehe Abbildung 6).

Abbildung 6: *Der gesetzliche Arbeitsplatzschutz-Index (Employment Protection Legislation Index), 1950-2003⁸⁵*



Auch hier zeigt sich ein eigenes südeuropäisches Muster. Die Beschäftigungssicherheit verharrt in den 1990er und 2000er Jahren auf hohem Niveau auch in Zeiten, in denen der Übergang in die Dienstleistungswirtschaft eine Flexibilisierung der Arbeitsmärkte notwendig gemacht hätte.⁸⁶ In Verbindung mit einer »okkupationalistischen«, das heißt nach Berufsgruppen fragmentierten Form sozialer Sicherung führt der besonders ausgeprägte Beschäftigungsschutz der Kernbelegschaft zu deutlich ungleichen Versorgungsniveaus. Die militanten kommunistischen Gewerkschaften setzen also einerseits, gerade auch im Wettbewerb mit den moderateren Gewerkschaften in der Nähe zu Sozial- oder Christdemokratie, alles auf den Schutz ihrer industriellen Kernclientel, sind aber andererseits aufgrund der politischen Polarisierung im Regelfall weder von bürgerlichen noch von Mitte-Links-Regierungen »korporatistisch«, also etwa durch zentrale Lohnverhandlungen, einzuhegen. Die industriellen Beziehungen bleiben konfliktiv, Lohnzurückhaltung und korpo-

85 Ebd.

86 Wren 2013.

ratistische Interessenvermittlung gehören nicht zum Repertoire des makro-ökonomischen Managements dieser Länder.⁸⁷

Was die institutionelle Gestalt des Wohlfahrtsstaats selber angeht, so führt das essentielle Interesse der Kommunisten an der Ausbildung abgesicherter Einfluss-sphären angesichts ihres effektiven Ausschlusses von jeglicher Regierungsmacht zu sozialpolitischem Partikularismus. In diesen Ländern ist die Linke sozialpolitisch nicht universalistisch, sondern partikularistisch.⁸⁸ Universalismus kann der Linken also nicht uniform als sozialpolitische Orientierung unterstellt werden.⁸⁹ Nutzen linke Parteien und Gewerkschaften ihren Einfluss auf die Sozialversicherungen als wichtige Organisationsressource, müssen sie darauf achten, dass Programme in ihrem exklusiven Einflussbereich bleiben. Sie verteidigen daher die Prinzipien der Selbstverwaltung, *autogestion*, der *democratie sociale* etc. vehement. Auch hier erscheint es daher verkürzend, diese Organisationsprinzipien exklusiv dem katholischen Subsidiaritätsprinzip zuzuschreiben. Wenn, dann sind sie zutreffender als Kompromiss zwischen kommunistischen und christdemokratischen Parteien zu verstehen. Es geht dabei nicht nur um die Sicherung beitragsfinanzierter Ansprüche, sondern um die Befürchtung, der politische Gegner könne die Finanzen der Sozialversicherungen für seine klientelistischen Zwecke nutzen.⁹⁰

Die zwei Elemente – hohe Schutzrechte von privilegierten (männlichen) Arbeitnehmern in bestimmten Bereichen des industriellen und öffentlichen Sektors sowie die nach Berufen fragmentierte, durch Beiträge finanzierte und durch die Selbstverwaltung gesteuerte Sozialversicherung⁹¹ – wirken nun jedoch zusammen und führen zur Überversorgung kleiner Gruppen privilegierter Arbeitnehmer. Der sehr restriktive Zugang zum Arbeitsmarkt beziehungsweise zur Regelbeschäftigung übersetzt sich in hochselektive Verteilungsmuster mit Insider-Überversorgung und Outsider-Unterversorgung.⁹² Auch dieses Muster ist oftmals und meines Erachtens undifferenziert mit dem Verweis auf ein katholisches Ideal des männlichen Alleinverdiener zu erklären versucht worden.

Schließlich fungiert die insgesamt kostspielige Sozialpolitik dieser Länder als ein Integrationsinstrument zwischen zwei Lagern, die sich hinsichtlich anderer Themen tiefgreifend verfeindet gegenüberstehen. Während in den grundlegend kontroversen Politikbereichen oft schlicht gar nicht gehandelt wird, bietet die sozialpolitische

87 Crouch 1986; Siaroff 1999.

88 Ferrera 1993, S. 237, 254; Lynch 2009.

89 So aber Korpi 1983; Huber et al. 1993; Huber, Stephens 2000; Huber, Stephens 2001.

90 Lynch 2009.

91 Palier 2010.

92 Für viele siehe Oorschot 2012. Der Blick allein auf das Ausgabenniveau des südlichen Wohlfahrtsstaats scheint wenig hilfreich, um seine Spezifität zu verstehen (das aber ist die Perspektive in Castles 2005). Er ist – beziehungsweise wurde schnell nach dem Ende der autoritären Regime – ein sehr großzügiger Wohlfahrtsstaat, vergleichbar den entwickelten Wohlfahrtsstaaten Deutschlands, Belgiens oder der Niederlanden. Die massive Verteilungs- und Begünstigungsungleichheiten sind es, die ihn unter anderem vom konservativen Wohlfahrtsstaatsregime unterscheiden.

Umverteilung den kleinsten gemeinsamen Nenner. So ist etwa die italienische Familienpolitik zwischen den Christdemokraten und den säkularen Parteien (Liberale, Sozialisten PRI, PSI) eine Sollbruchstelle, es ist ein wunder Punkt (»raw nerve«) italienischer Politik,⁹³ genauso wie etwa die Frage der Staatsfinanzierung von Konfessionsschulen. Der legislative Impuls kommt in diesen Bereichen daher immer von außen – etwa durch Referenda oder Gerichtsurteile, ist selbst nie Ergebnis des Parteienwettbewerbs. Die eher säkular ausgerichteten Mitte-Links-Parteien meiden dieses Politikfeld, da sie im linken Lager – wegen der Fundamentalopposition der Kommunisten – keinen Koalitionspartner fanden.⁹⁴ Der hohe Reformbedarf etwa in der italienischen Familienpolitik ist dann zumindest zum Teil schlicht aus politischem Attentismus, nicht aus einer besonders katholisch-reaktionären Politikagenda zu erklären.

5. Der Wohlfahrtsstaat und die Geschichte politischer Klassenkoalitionen

An anderer Stelle habe ich vorgeschlagen, den Kerngedanken von Esping-Andersen⁹⁵ ernster zu nehmen, als er dies selbst mitunter zu tun scheint – nämlich die Entwicklungsgeschichte der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten oder genereller ihrer Politischen Ökonomien tatsächlich als eine »history of political class-coalitions« zu schreiben.⁹⁶ Hierbei spielen meines Erachtens Wahlregeln, gesellschaftliche Konfliktlinien und daraus resultierende Parteiensysteme eine zentrale erklärende Rolle. In diesem Beitrag habe ich dieses Kernargument zur Erklärung jenes Regimes verwandt, das bei Esping-Andersen selber nicht als eigenständiger Typus vorkommt, aber in der Literatur immer wieder als ein distinktes Modell identifiziert worden ist: das südeuropäische.⁹⁷

Im Mittelpunkt stand dabei das Argument, dass das Spezifikum der südeuropäischen Parteiensysteme, die Präsenz starker kommunistischer Parteien, auf die besondere Vehemenz desjenigen Konflikts zurückgeführt werden kann, der für alle Länder mit katholischem Bevölkerungsanteil prägend geworden ist, auf den Staat/Kirche-Konflikt in der liberalen Ära und seine Fortsetzung als Konflikt zwischen der antirepublikanischen, klerikalen Rechten und der republikanischen, anti-klerikalen Linken in der Ära der Massendemokratisierung nach 1918. Die westeuropäischen Parteiensysteme unterscheiden sich hinsichtlich der Fragmentierung der Linken. Im Einklang mit Rokkans These, dass der Arbeit/Kapital-Konflikt ein die europäischen Parteiensysteme *homogenisierender* Faktor gewesen ist, habe ich hier die Hypothese entwickelt, dass die Radikalisierung der Linken mit einer politischen Polarisierung zu tun hat, die nicht sozio-ökonomische, sondern vornehmlich kulturelle Wurzeln hat. Dies erklärt meines Erachtens den Umstand, dass sich die Spaltung der Linken

93 Vgl. Confalonieri 2012.

94 Ebd.

95 Esping-Andersen 1990.

96 Manow 2009.

97 Ferrera 1996; Rhodes 1997; Castles 2005; León, Guillén 2011.

nachhaltig nur in den monokonfessionell katholischen Ländern Westeuropas findet. Sie stabilisiert sich dort nach dem Zweiten Weltkrieg auf hohem Niveau, weil sie weitgehend unbeeinflusst von wirtschaftlichen Wandlungsprozessen bleibt. Durch die wiederkehrenden fundamentalen Wertekonflikte – verhandelt an Streitgegenständen wie der Konfessionsschule, der Zivilehe, der Homo-Ehe etc. – wird die Spaltung beständig am Leben gehalten, während anderswo die ursprünglichen Hochburgen der Kommunisten entweder in den industriellen Kernzonen oder in der ländlichen Peripherie (»backwood communism«) im Zuge der Wohlstandsentwicklung und des Sektorwandels Nachkriegseuropas an Bedeutung verlieren. Dies und die religiös begründeten Unterschiede in den Koalitionsoptionen zwischen Arbeitern und Bauern erklären meines Erachtens die unterschiedlichen Entwicklungspfade kommunistischer Parteien und Gewerkschaften in Skandinavien und Südeuropa.

Im letzten Abschnitt des Aufsatzes wurde auf einige bedeutsame Konsequenzen hingewiesen, die sich aus der starken Präsenz kommunistischer Parteien und Gewerkschaften im Parteiensystem beziehungsweise den industriellen Beziehungen ergeben. Die hierdurch grundlegend veränderte strategische Konfiguration zwischen den Parteien verringert die Wahrscheinlichkeit einer Regierungsbeteiligung linker Parteien und verhindert ihre programmatische Anpassung. Damit ändert sich auch der Charakter der Sozialpolitik fundamental. Die besonderen Verteilungs- und Strukturierungseffekte des südeuropäischen Wohlfahrtsstaats erklären sich meines Erachtens vor dem Hintergrund dieser Unterschiede in den politischen Teilhabechancen der Linken. Blicken wir also auf den »langen Schatten«, den das 19. Jahrhundert bis in unsere Zeiten wirft,⁹⁸ so erschließt uns die Analyse der Folgen desjenigen Konflikts, der durch die Nationalstaatsbildungsprozesse dieses Jahrhunderts ausgelöst wurde, nämlich der Konflikt zwischen Nationalstaat und katholischer Kirche, meines Erachtens ein sehr großes Ausmaß der heutigen Unterschiede zwischen den Politischen Ökonomien Westeuropas.

Literatur

- Alba, Victor 1983. *The Communist Party in Spain*. New Jersey: Transaction Publishers.
- Allard, Gayle 2005. *Measuring job security over time: in search for a historical indicator of EPL (employment protection legislation)*. IE Working Paper WP05-17. Madrid: Instituto de Empresa Business School.
- Arndt, Christoph 2013. *The electoral consequences of third way welfare state reforms: social democracy's transformation and its political costs*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Arter, David. Hrsg. 2001. *From farmyard to city square? The electoral adaption of the nordic agrarian parties*. Aldershot: Ashgate.
- Bartolini, Stefano 2000. *The political mobilization of the European left 1860-1980*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bauerkämper, Arnd 2006. *Der Faschismus in Europa 1918-1945*. Stuttgart: Reclam.
- Berger, Suzanne 1987. »Religious transformations and the future of politics«, in *Changing boundaries of the political. Essays on the evolving balance between the state and society, public and private in Europe*, hrsg. v. Maier, Charles S., S. 107-149. New York: Cambridge University Press.

98 Iversen, Soskice 2010.

- Berman, Sheri 1998. *The social democratic moment: ideas and politics in the making of interwar Europe*. Cambridge: Harvard University Press.
- Budge, Ian et al. 2001. *Mapping policy preferences: estimates for parties, electors, and governments 1945-1998*. Oxford: Oxford University Press.
- Burleigh, Michael 2008. *Irdische Mächte, göttliches Heil. Die Geschichte des Kampfes zwischen Politik und Religion von der Französischen Revolution bis in die Gegenwart*. München: Deutsche Verlagsanstalt.
- Caramani, Daniele 2000. *Elections in Western Europe since 1815. Electoral results by constituencies*. Basingstoke, Oxford: Macmillan.
- Caramani, Daniele 2004. *The nationalization of politics. The formation of national electorates and party systems in Western Europe*. New York: Cambridge University Press.
- Castles, Francis G. 1978. *The social democratic image of society: a study of the achievements and origins of Scandinavian social democracy in comparative perspective*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Castles, Francis G. 2005. »The welfare state and democracy: on the development of social security in southern Europe, 1960-1990«, in *Democracy and the state in the new southern Europe*, hrsg. v. Gunther, Richard; Diamandouros, Nikiforos P.; Sotiropoulos, Dimitri A., S. 42-86. Oxford: Oxford University Press.
- Confalonieri, Maria A. 2012. *Cleavages political competition and family policies in Italy. The Catholic welfare state – its origins and its institutional heritage*. Villa Vigoni, Laglio di Como.
- Conway, Maria A. 2004. »Catholic politics or christian democracy? The evolution of interwar political Catholicism«, in *Political Catholicism in Europe, 1918-1945*, hrsg. v. Kaiser, Wolfram; Wohnout, Helmut, S. 235-251. London: Routledge.
- Corner, Paul 1975. *Fascism in Ferrara, 1915-1925*. New York: Oxford University Press.
- Crouch, Colin 1986. »Sharing public space: states and organized interests in Western Europe«, in *States in history*, hrsg. v. Hall, John A, S. 177-210. Oxford: Blackwell.
- Döring, Holger; Manow, Philip 2012. *Parliament and government composition database (ParlGov): an infrastructure for empirical information on parties, elections and governments*. <http://parlgov.org>.
- Döring, Holger; Manow, Philip 2013. *Is PR more favourable to the left? Electoral rules and their impact on elections, parliaments and cabinet formation*. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Ebbinghaus, Bernhard; Visser, Jelle 2000. *Trade unions in Western Europe since 1945*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Eley, Geoff 2002. *Forging democracy: the history of the left in Europe, 1850-2000*. Oxford: Oxford University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta 1990. *The three worlds of welfare capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Ferrera, Maurizio 1993. *Modell di solidarità. Politica e riforme sociali nelle democrazia*. Bologna: Il Mulino.
- Ferrera, Maurizio 1996. »The 'Southern Model' of welfare in social Europe«, in *Journal of European Social Policy* 6, 1, S. 17-37.
- Frey, Timotheos 2009. *Die Christdemokratie in Westeuropa: der schmale Grat zum Erfolg*. Baden-Baden: Nomos.
- Gerwarth, Robert. Hrsg. 2008. *Twisted paths: Europe 1914-1945*. Oxford: Oxford University Press.
- Gould, Andrew C. 1999. *Origins of liberal dominance: state, church and party in nineteenth-century Europe*. Ann Arbor: Michigan University Press.
- Häusermann, Silja; Picot, Georg; Geering, Dominik 2012. »Rethinking party politics and the welfare state – recent advances in the literature«, in *British Journal of Political Science* 43, 1, S. 221-240.
- Hecke, Steven van; Gerard, Emmanuel. Hrsg. 2004. *Christian democratic parties in Europe since the end of the cold war*. Leuven: Leuven University Press.
- Hopkin, Jonathan 1999. *Party formation and democratic transition in Spain: the creation and collapse of the union of the democratic centre*. New York: St. Martins Press.
- Hopkin, Jonathan 2004. *Hard choices, mixed incentives: globalization, structural reform, and the double dilemma of European socialist parties*. <http://personal.lse.ac.uk/hopkin/hopkin%20social%20democracy.pdf> (Zugriff vom 02.10.2013).

- Huber, Evelyne et al. 1993. »Social democracy, christian democracy, constitutional structure, and the welfare state«, in *American Journal of Sociology* 3, S. 711-749.
- Huber, Evelyne; Stephens, John D. 2000. »Partisan governance, women's employment, and the social democratic service state«, in *American Sociological Review* 65, S. 323-342.
- Huber, Evelyne; Stephens, John D. 2001. *Development and crisis of the welfare state. Parties and politics in global markets*. Chicago, London: The University of Chicago Press.
- Iversen, Torben; Soskice, David 2006. »Electoral institutions and the politics of coalitions: why some democracies redistribute more than others«, in *American Political Science Review* 100, 2, S. 165-181.
- Iversen, Torben; Soskice, David 2010. *Two paths to democracy*. CES Papers – Open Forum 1. Harvard University, Center for European Studies.
- Judt, Tony 2006. *Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg*. München: Hanser.
- Kaiser, Wolfram; Wohnout, Helmut. Hrsg. 2004. *Political Catholicism in Europe 1918-1945*, Vol. 1. London: Routledge.
- Kalyvas, Stathis N. 1996. *The rise of Christian democracy in Europe*. Ithaca: Cornell University Press.
- Kalyvas, Stathis N.; Kersbergen, Kees van 2010. »Christian democracy«, in *Annual Review of Political Science* 13, S. 183-209.
- Kaufmann, Franz-Xaver 2003. *Sozialpolitisches Denken*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Kersbergen, Kees van 1995. *Social capitalism. A study of Christian democracy and the welfare state*. London, New York: Routledge.
- Kersbergen, Kees van; Manow, Philip. Hrsg. 2009. *Religion, class coalitions and the welfare state. Cambridge series on social theory, politics and religion*. New York: Cambridge University Press.
- Kitschelt, Herbert 2000. »Partisan competition and welfare state retrenchment«, in *When do politicians choose unpopular policies? The new politics of the welfare state*, hrsg. v. Pierson, Paul, S. 265-302. Oxford: Oxford University Press.
- Korpi, Walter 1983. *The democratic class struggle*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Laver, Michael; Hunt, W. Ben 1992. *Policy and party competition*. London: Routledge.
- León, Margarita; Guillén, Ana Marta 2011. *The spanish welfare state in European context*. Farnham, Surrey: Ashgate.
- Linz, Juan 1976. »Patterns of land tenure, division of labor, and voting behavior in Europe«, in *Comparative Politics* 8, 3, S. 365-430.
- Lipset, Seymour M.; Rokkan, Stein 1967. »Cleavage structures, party systems, and voter alignments: an introduction«, in *Party systems and voter alignments: cross-national perspectives*, hrsg. v. Lipset, Seymour M.; Rokkan, Stein, S. 1-64. New York, London: The Free Press/ Collier-Macmillan.
- Luebbert, Gregory 1991. *Liberalism, fascism and social democracy. Social classes and the political origins of regimes in interwar Europe*. New York: Oxford University Press.
- Lynch, Julia 2009. »Italy: a Christian democratic or a clientelist welfare state?«, in *Religion, class-coalitions and the welfare state*, hrsg. v. Kersbergen, Kees van; Manow, Philip, S. 91-118. New York: Cambridge University Press.
- Maio, Tizinia di 2004. »Between the crisis of the liberal state, fascism and a democratic perspective: the popular party in Italy«, in *Political Catholicism in Europe, 1918-1945*, hrsg. v. Kaiser, Wolfram; Wohnout, Helmut, S. 136-149. London: Routledge.
- Malefakis, Edward E. 1971. *Agrarian reform and peasant revolution in Spain: origins of the civil war*. New Haven, London: Yale University Press.
- Malefakis, Edward E. 1992. *Southern Europe in the 19th & 20th centuries: an historical overview*. Instituto Juan March Working Paper 35. Madrid: Juan March Institute.
- Manow, Philip 2009. »Electoral rules, class-coalitions and welfare state regimes – or how to explain Esping-Andersen with Stein Rokkan«, in *Socio-Economic Review* 7, 1, S. 101-121.
- Manow, Philip; Kersbergen Kees van 2009. »Religion and the Western welfare state – the theoretical context«, in *Religion, class coalitions and welfare states*, hrsg. v. Kersbergen, Kees van; Manow, Philip, S. 1-38. New York: Cambridge University Press.
- Martin, David 1978. *A general theory of secularization*. Oxford: Blackwell.
- McInnes, Neil 1975. *The communist parties of Western Europe*. Oxford: Oxford University Press.

- Nolte, Ernst 1998. *Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus*. Frankfurt: Propyläen.
- Nolte, Ernst 2000 [1963]. *Der Faschismus in seiner Epoche*. München: Piper.
- OECD 2004. »Employment protection regulation and labour market performance«, in *OECD Employment Outlook*, S. 61-125.
- Oorschot, Wim van 2012. *Comparative welfare state analysis with survey-based benefit recipient data: the »dependent variable problem« revisited*. EDAC Working Paper 03/2012. Tilburg: European Data Center for Work and Welfare.
- Palier, Bruno 2010. *A long goodbye to Bismarck? The politics of welfare reform in continental Europe*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Passmore, Kevin 1997. *From liberalism to fascism: the right in a French province, 1928-1939*. New York: Cambridge University Press.
- Paxton, Robert O. 1997. *French peasant fascism*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Perreau-Saussine, Emile 2012. *Catholicism and democracy. An essay in the history of political thought*. Princeton: Princeton University Press.
- Picot, Georg 2012. *Politics of segmentation. Party competition and social protection in Europe*. London: Routledge.
- Prasad, Monica 2012. *The land of too much. American abundance and the paradox of poverty*. Cambridge: Harvard University Press.
- Preston, Paul 2006. *The Spanish civil war. Reaction, revolution, revenge*. London: Harper Perennial.
- Preston, Paul 2012. *The Spanish Holocaust: inquisition and extermination in twentieth-century Spain*. New York: W. W. Norton & Co.
- Raphael, Lutz 2011. *Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914-1945*. München: C. H. Beck.
- Raymond, Gino 2006. *The French Communist Party during the Fifth Republic: a crisis of leadership and ideology*. Houndsmill: Palgrave Macmillan.
- Rhodes, Martin, Hrsg. 1997. *Southern European welfare states: between crisis and reform*. London: Routledge.
- Roberts, David D. 1979. *The syndicalist tradition and Italian fascism*. Chapel Hill: The University of North Carolina Press.
- Rokkan, Stein 1970. *Citizens, elections, parties: approaches to the comparative study to the process of development*. Oslo: Universitetsforlaget.
- Schmitt, Carl 2004 [1922]. *Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Segura-Ubiergo, Alex 2007. *The political economy of the welfare state in Latin America: globalization, democracy, and development*. New York: Cambridge University Press.
- Shefter, Martin 1994. »Party and patronage: Germany, England, and Italy«, in *The state: critical concepts*, hrsg. v. Hall, John A., S. 103-143. London, New York: Routledge.
- Siaroff, Alan 1999. »Corporatism in 24 industrial democracies: meaning and measurement«, in *European Journal of Political Research* 36, S. 175-205.
- Tarrow, Sydney G. 1967 a. *Peasant communism in Southern Italy*. New Haven: Yale University Press.
- Tarrow, Sydney G. 1967 b. »Political dualism and Italian communism«, in *American Political Science Review* 61, 1, S. 39-53.
- Taylor, Peter J.; Johnson, Ron J. 1979. *Geography of elections*. Middlesex: Penguin.
- Traverso, Enzo 2007. *A feu et à sang: de la guerre civile européenne 1914-1945*. Paris: Édition Stock.
- Volkens, Andrea et al. 2012. *The Manifesto data collection. Manifesto project (MRG/CMP/MARPOR)*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Watson, Sara 2008. »The left divided: parties, unions, and the resolution of Southern Spain's agrarian social question«, in *Politics & Society* 36, 4, S. 451-477.
- Webster, Richard A. 1960. *Cross and the fasces: Christian democracy and fascism in Italy*. Stanford: Stanford University Press.
- Wren, Ann. Hrsg. 2013. *The political economy of the service transition*. Oxford: Oxford University Press.

Zusammenfassung: In der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsliteratur ist es weitgehend unstrittig, mindestens drei verschiedene »Regime« entwickelter Sozialstaatlichkeit zu unterscheiden: ein sozialdemokratisch-skandinavisches, ein konservativ-kontinentaleuropäisches und ein liberal-angelsächsisches Regime. Diesen drei Regimen korrespondieren spezifische Parteiensysteme (und Wahlregeln). Viele Beiträge zur Literatur identifizieren zusätzlich ein südeuropäisches Modell. In diesem Aufsatz wird argumentiert, dass die Spaltung der Linken zwischen Sozialisten und Kommunisten die südeuropäischen Parteiensysteme von denen Nordeuropas und des restlichen Kontinentaleuropas unterscheidet und dass mit dieser Spaltung die besonderen institutionellen Charakteristika und Verteilungseffekte der südeuropäischen Politischen Ökonomien zu erklären sind. Die Spaltung selbst wiederum wird auf die besondere Vehemenz des Staat/Kirche-Konflikts in den monokonfessionell katholischen Ländern zurückgeführt.

Stichworte: Wohlfahrtsstaatsregime, Politische Ökonomie, Südeuropa, kommunistische Parteien, Katholizismus

The religious cleavage, the division of the Left and the Political Economy of Southern Europe

Summary: The distinction between a Scandinavian/social democratic, a continental/conservative and an Anglo-Saxon/liberal welfare state »regime« is firmly established in the comparative welfare state literature. These three regimes correspond to specific party systems (and electoral rules). Many argue that we should also single out a southern European welfare state model. This article claims that the division on the left between socialists and communists distinguishes the party systems of southern Europe from those in Scandinavia or continental Europe, and that this division explains much of the institutional characteristics and the distributive effects of the political economies of southern Europe. The division itself is explained by the intensity of the state/church conflict in the mono-denominational Catholic countries.

Keywords: welfare state regimes, Political Economy, Southern Europe, communist parties, Catholicism

Autor

Philip Manow
Professor für Vergleichende Politische Ökonomie, Universität Bremen
Zentrum für Sozialpolitik
Mary Somerville Str. 5
D-28359 Bremen
manow@zes.uni-bremen.de

Leviathan, 41. Jg., 4/2013